Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1733

21. 04. 78

Sachgebiet 2129

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu den Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung und zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride (Gesetz zum Chemieübereinkommen/Rhein und Chloridübereinkommen/Rhein)

A. Zielsetzung

Die am 3. Dezember 1976 in Bonn unterzeichneten Übereinkommen haben zum Ziel, die Chloridbelastung und die Verunreinigung des Rheins durch das Einleiten gefährlicher Stoffe zu verringern und zu beschränken. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft beteiligt sich neben ihren Mitgliedstaaten als Vertragspartei am Chemieübereinkommen. Durch die ebenfalls am 3. Dezember 1976 geschlossene Zusatzvereinbarung zu der in Bern am 29. April 1963 unterzeichneten Vereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung wird die EWG dementsprechend Mitglied der Internationalen Rheinschutzkommission.

Mit dem Vertragsgesetz sollen die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Ratifikation der Übereinkommen geschaffen werden.

B. Lösung

Da sich die Übereinkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedarf ihre Ratifikation der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes. Der Entwurf schlägt vor, den Übereinkommen zuzustimmen. Die Übereinkommen sind unter maßgeblicher Mitwirkung der Bundesregierung zustande gekommen und stellen nach ihrer Auf-

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2 (Bad Godesberg), Telefon (0 22 21) 36 35 51

fassung eine wichtige Grundlage für eine international abgestimmte, wirksame Verringerung der Verunreinigung des Rheins dar.

Die Übereinkommen können auf der Grundlage des geltenden Wasserrechts des Bundes und der Länder innerstaatlich vollzogen werden. Der vorliegende Gesetzentwurf beschränkt sich daher auf die für Vertragsgesetze üblichen Bestimmungen sowie auf eine Rechtsverordnungsermächtigung zum Inkraftsetzen künftiger Ergänzungen und Änderungen der Übereinkommen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Dem Bund entstehen durch das Chemieübereinkommen keine Kosten. Durch das Chloridübereinkommen ist der Bund mit einem pauschalen Beitrag in Höhe von 39,6 Mio FF (ca. 19,2 Mio DM) für die erste Phase der Chloridverpressung von 20 kg/sec belastet. Zur Kostenhöhe bei der Verwirklichung der zwei weiteren Phasen läßt sich erst nach Vorliegen eines von der französischen Regierung aufzustellenden Gesamtkonzeptes Genaueres sagen, wobei über die Finanzierung auf der Grundlage des Beitragsschlüssels der ersten Phase beraten werden soll.

Den Ländern werden zusätzliche Personal- und Sachausgaben, u. a. durch Umstellung der wasserrechtlichen Genehmigungen, erhöhte Berichtspflichten, vergrößerten Meßaufwand und Erstellung eines Inventars, erwachsen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß diese Ausgaben durch bereits bestehende und noch zu erwartende supranationale und andere internationale Verpflichtungen in weitgehend gleichem Umfang verursacht werden. Der den Rheinschutzübereinkommen zuzurechnende Kostenanteil kann in Anbetracht dieser Überlagerung nicht näher konkretisiert werden. Entsprechendes gilt für die Gemeinden, soweit sie als Einleiter von den Übereinkommen betroffen werden; allerdings können sich die Gemeinden durch Auflagen für industrielle Einleiter in die Kanalisation und durch Erhebung kommunaler Abgaben entlasten.

Belastungen der Einzelpreise und des Preisniveaus durch zusätzliche Maßnahmen, zu denen Gemeinden und Industrie als Abwassereinleiter und letztere auch als Benutzer öffentlicher Abwasseranlagen im Einzelfall auf Grund der Übereinkommen verpflichtet werden, sind nicht auszuschließen. Allerdings gilt auch hier, daß die Verpflichtungen durch andere internationale und supranationale Regelungen in der praktischen Auswirkung überlagert werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (33) — 235 31 — In 2/78

Bonn, den 20. April 1978

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu den Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung und zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride (Gesetz zum Chemieübereinkommen/Rhein und Chloridübereinkommen/Rhein) mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut der Übereinkommen in deutscher und französischer Sprache mit Anlagen sowie die Denkschrift zu den Übereinkommen sind gleichfalls beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 455. Sitzung am 17. März 1978 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Schmidt

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zu den Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung und zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride (Gesetz zum Chemieübereinkommen/Rhein und Chloridübereinkommen/Rhein)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden Übereinkommen wird zugestimmt:

1. Dem in Bonn am 3. Dezember 1976 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung;
2. dem in Bonn am 3. Dezember 1976 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride.

Die Übereinkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt,

1. den Inhalt des Anhangs IV und Änderungen der Anhänge I bis IV des in Artikel 1 Nr. 1 genannten Übereinkommens nach dessen Artikel 14,
2. Änderungen des Anhangs II des in Artikel 1 Nr. 2 genannten Übereinkommens nach dessen Artikel 3 Abs. 6,

die sich im Rahmen der Ziele der Übereinkommen halten, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem

1. das Übereinkommen zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung nach seinem Artikel 17 Abs. 2,
2. das Übereinkommen zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride nach seinem Artikel 14 Satz 2

für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit den Übereinkommen Regelungen des Verwaltungsverfahrens für Landesbehörden enthält.

Zu Artikel 2

Um das Chemieübereinkommen in vollem Umfang durchführen zu können, ist noch eine Konkretisierung der einzelnen Stoffe aus den Familien und Gruppen von Stoffen der Anhänge I und II des Chemieübereinkommens, eine Festlegung der einzelnen Emissionsgrenzwerte und Fristbegrenzungen nach dessen Artikel 5 Abs. 1 bzw. 3 sowie eine entsprechende Ergänzung des Anhangs IV erforderlich. Im Hinblick auf die schnelle Entwicklung von Forschung und Technik und auf das Ergebnis der Gewässerschutzbemühungen können künftig weiterhin Änderungen der Anhänge I bis IV des Chemieübereinkommens und des Anhangs II des Chloridübereinkommens in kürzeren Zeitabständen notwendig werden. Die Verordnungsermächtigung nach Artikel 2 soll ermöglichen, derartige Änderungen in einem vereinfachten, schnelleren Verfahren in Kraft zu setzen.

Vor Zustimmung zu diesen Ergänzungen und Änderungen in der Internationalen Rheinschutzkommission wird gemäß dem Statut der Deutschen Kommission zur Reinhaltung des Rheins die deutsche Haltung zwischen Bund und Ländern abgestimmt.

Zu Artikel 3

Die Übereinkommen sowie die nach Artikel 2 dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikel 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 sind die Zeitpunkte, an denen das in Artikel 1 Nr. 1 genannte Übereinkommen nach seinem Artikel 17 Abs. 2 und das in Artikel 1 Nr. 2 genannte Übereinkommen nach seinem Artikel 14 Satz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Dem Bund entstehen durch das Chemieübereinkommen keine Kosten. Durch das Chloridübereinkommen ist der Bund mit einem pauschalen Beitrag in Höhe von 39,6 Mio FF (ca. 19,2 Mio DM) für die erste Phase der Chloridverpressung von 20 kg/sec belastet. Um zu ermöglichen, daß die Arbeiten zur Erstellung der Verpressungsanlagen bereits nach Unterzeichnung des Übereinkommens anlaufen konnten, wurde der deutsche Beitrag bereits im Dezember 1976 und Januar 1977 in zwei Raten geleistet. Zur Kostenhöhe bei der Verwirklichung der zwei weiteren Phasen läßt sich erst nach Vorliegen eines Gesamtkonzeptes Genaueres sagen.

Geringfügige Kosten könnten auch bei Anrufung des im Chlorid- und Chemieübereinkommen vorgesehenen Schiedsgerichts sowie durch Beiziehung eines Sachverständigen gemäß Artikel 10 des Chloridübereinkommens anfallen. Durch den Beitritt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Internationalen Rheinschutzkommission verringert sich der deutsche Beitrag von 28 % auf 24,5 %. Diese Entlastung wird allerdings zum Teil dadurch aufgehoben, daß für die EWG ein eigener Beitrag von 13 % vorgesehen ist, an dem die Bundesrepublik Deutschland entsprechend ihren Verpflichtungen zur Finanzierung der EWG beteiligt ist.

Den Ländern werden zusätzliche Personal- und Sachausgaben, u. a. durch Umstellung der wasserrechtlichen Genehmigungen, erhöhte Berichtspflichten, vergrößerten Meßaufwand und Erstellung eines Inventars, erwachsen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß diese Ausgaben durch bestehende und noch zu erwartende supranationale und andere internationale Verpflichtungen bereits in weitgehend gleichem Umfang verursacht werden. Der den Rheinschutzübereinkommen zuzurechnende Kostenanteil kann in Anbetracht dieser Überlagerung nicht näher konkretisiert werden. Entsprechendes gilt für die Gemeinden, soweit sie als Einleiter von den Übereinkommen betroffen werden; allerdings können sich die Gemeinden durch Auflagen für industrielle Einleiter in die Kanalisation und durch Erhebung kommunaler Abgaben entlasten.

Belastungen der Einzelpreise und des Preisniveaus durch zusätzliche Maßnahmen, zu denen Gemeinden und Industrie als Abwassereinleiter und letztere auch als Benutzer öffentlicher Abwasseranlagen im Einzelfall auf Grund der Übereinkommen verpflichtet werden, sind nicht auszuschließen. Allerdings gilt auch hier, daß diese Verpflichtungen durch andere internationale und supranationale Regelungen in der praktischen Auswirkung überlagert werden.

Übereinkommen zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung

Convention relative à la protection du Rhin contre la pollution chimique

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,

die Regierung der Französischen Republik,

die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,

die Regierung des Königreichs der Niederlande,

die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,

unter Bezugnahme auf die Vereinbarung vom 29. April 1963 und die Zusatzvereinbarung vom 3. Dezember 1976 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung,

im Hinblick darauf, daß die chemische Verunreinigung des Rheinwassers seine Tier- und Pflanzenwelt bedroht und auch unerwünschte Auswirkungen auf das Meerwasser hat,

im Bewußtsein der Gefahren, die sich hieraus für bestimmte Nutzungen des Rheinwassers ergeben können,

von dem Wunsch geleitet, die Güte des Rheinwassers im Hinblick auf diese Nutzungen zu verbessern,

in Erwägung, daß der Rhein weiteren Nutzungen, insbesondere der Schiffahrt und als Vorfluter für Abwasser dient,

überzeugt, daß das internationale Vorgehen zum Schutz des Rheinwassers gegen chemische Verunreinigung im Zusammenhang mit den sonstigen Bemühungen zum Schutz des Rheinwassers, insbesondere den Bemühungen zum Abschluß von Übereinkommen gegen Verunreinigung durch Chloride und thermische Verunreinigung bewertet werden muß, und daß dieses Vorgehen Teil der fortlaufenden und zusammenhängenden Maßnahmen ist, um Süßwasser und Meerwasser vor Verunreinigung zu schützen,

im Hinblick auf das Vorgehen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Schutz der Gewässer, insbesondere im Rahmen der Richtlinie des Rates vom 4. Mai 1976 betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft,

bezugnehmend auf die Ergebnisse der Ministerkonferenzen vom 25. und 26. Oktober 1972 in Den Haag, vom 4 und 5. Dezember 1973 in Bonn und vom 1. April 1976 in Paris über den Schutz des Rheins gegen Verunreinigung,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien ergreifen zur Verbesserung der Güte des Rheinwassers nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen die geeigneten Maßnahmen,

a) um die Verunreinigung der oberirdischen Gewässer des Rheineinzugsgebiets durch die gefährlichen Stoffe der Familien und Gruppen von Stoffen aus Anhang I

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

le Gouvernement de la République Française,

le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg,

le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas,

le Gouvernement de la Confédération Suisse,

et la Communauté Economique Européenne,

se référant à l'Accord du 29 avril 1963 et à l'Accord additionnel du 3 décembre 1976 concernant la Commission Internationale pour la protection du Rhin contre la pollution,

considérant que la pollution chimique des eaux du Rhin menace sa faune et sa flore, et a également des effets indésirables sur les eaux de la mer,

conscients des dangers susceptibles d'en résulter pour certaines utilisations des eaux du Rhin,

désireux d'améliorer la qualité des eaux du Rhin en vue de ces utilisations,

considérant que le Rhin sert à d'autres utilisations, notamment à la navigation et comme milieu récepteur d'eaux usées,

convaincus que l'action internationale pour la protection des eaux du Rhin contre la pollution chimique doit être appréciée en relation avec les autres efforts déployés pour la protection des eaux du Rhin, en particulier les efforts tendant à la conclusion de conventions contre la pollution par les chlorures et la pollution thermique, et que cette action fait partie des mesures progressives et cohérentes pour protéger les eaux douces et les eaux de mer contre la pollution,

considerant l'action entreprise par la Communauté Economique Européenne pour la protection des eaux, notamment dans le cadre de la directive du Conseil en date du 4 mai 1976 concernant la pollution causée par certaines substances dangereuses déversées dans le milieu aquatique de la Communauté,

se référant aux résultats des Conférences ministérielles, qui se sont tenues les 25 et 26 octobre 1972 à La Haye, les 4 et 5 décembre 1973 à Bonn et le ler avril 1976 à Paris, au sujet de la protection du Rhin contre la pollution,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1er

1. Les Parties contractantes, pour améliorer la qualité des eaux du Rhin, prennent, conformément aux dispositions suivantes, les mesures appropriées pour:

a) éliminer la pollution des eaux de surface du bassin du Rhin par les substances dangereuses incluses dans les familles et groupes de substances figurant à l'annexe I

(im folgenden als „Stoffe aus Anhang I" bezeichnet) zu beseitigen. Sie beabsichtigen, die Beseitigung der Ableitung dieser Stoffe schrittweise zu erreichen, wobei die Ergebnisse der von den Sachverständigen für jeden einzelnen dieser Stoffe durchgeführten Untersuchungen sowie die verfügbaren technischen Mittel zu berücksichtigen sind;

b) um die Verunreinigung des Rheinwassers durch die gefährlichen Stoffe der Familien und Gruppen von Stoffen aus Anhang II (im folgenden als „Stoffe aus Anhang II" bezeichnet) zu verringern.

(2) Die in Absatz 1 genannten Maßnahmen berücksichtigen in einem vernünftigen Maße den Umstand, daß das Rheinwasser zu folgenden Zwecken genutzt wird:

a) Trinkwassergewinnung für den menschlichen Verbrauch,

b) Verbrauch durch Haustiere oder freilebende Tiere,

c) Erhaltung und Pflege der Lebensbedingungen freilebender Tiere und wildwachsender Pflanzen und Erhaltung der Selbstreinigungskraft der Gewässer,

d) Fischerei,

e) Erholung unter Berücksichtigung hygienischer und ästhetischer Erfordernisse,

f) unmittelbare oder mittelbare Zuleitungen von Süßwasser zu landwirtschaftlich genutzten Flächen,

g) Gewinnung von Wasser zu gewerblichen Zwecken,

und die Notwendigkeit, eine annehmbare Güte des Meerwassers zu erhalten.

(3) Die Bestimmungen dieses Übereinkommens stellen nur einen ersten Schritt zur Erreichung des in Absatz 1 genannten Zieles dar.

(4) Anhang A dieses Übereinkommens umschreibt, was die Vertragsparteien bei dessen Durchführung unter „Rhein" verstehen.

Artikel 2

(1) Die Regierungen, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, lassen nach Maßgabe des Anhangs III Nummer 1 zu ihrem Gebrauch eine nationale Bestandsaufnahme der Ableitungen vornehmen, die in die oberirdischen Gewässer des Rheineinzugsgebiets erfolgen und Stoffe aus Anhang I enthalten können, für welche Emissionsnormen gelten.

(2) Die Regierungen teilen der Internationalen Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung (im folgenden als „Internationale Kommission" bezeichnet) nach Maßgabe des Anhangs III Nummer 2 die Bestandteile ihrer Bestandsaufnahme mit, die regelmäßig, und zwar mindestens alle drei Jahre auf den neuesten Stand gebracht wird.

(3) Die Vorschläge der Internationalen Kommission nach Artikel 6 Absatz 3 können erforderlichenfalls eine Bestandsaufnahme verschiedener Stoffe aus Anhang II umfassen.

Artikel 3

(1) Jede Ableitung in die oberirdischen Gewässer des Rheineinzugsgebiets, die einen der Stoffe aus Anhang I enthalten kann, bedarf einer vorherigen Genehmigung der zuständigen Behörde der betreffenden Regierung.

(2) Für Ableitungen dieser Stoffe in die oberirdischen Gewässer des Rheineinzugsgebiets und, sofern es für die Anwendung dieses Übereinkommens erforderlich ist, für

(ci-après dénommées «substances relevant de l'annexe I»). Elles se proposent d'atteindre, progressivement, l'élimination des rejets de ces substances en tenant compte des résultats des examens effectués par les experts concernant chacune d'entre elles, ainsi que des moyens techniques disponibles;

b) réduire la pollution des eaux du Rhin par les substances dangereuses incluses dans les familles et groupes de substances figurant à l'annexe II (ci-après dénommées «substances relevant de l'annexe II»).

2. Les mesures visées au paragraphe 1 ci-dessus sont prises en tenant compte, dans une mesure raisonnable, de ce que les eaux du Rhin sont utilisées aux fins suivantes:

a) la production d'eau d'alimentation en vue de la consommation humaine,

b) la consommation par les animaux domestiques et sauvages,

c) la conservation et la mise en valeur des espèces naturelles pour ce qui est tant de la faune que de la flore, et la conservation du pouvoir auto-épurateur des eaux,

d) la pêche,

e) les fins récréatives, compte tenu des exigences de l'hygiène et de l'esthétique,

f) les apports directs ou indirects d'eaux douces aux terres à des fins agricoles,

g) la production d'eau à usage industriel,

et la nécessité de préserver une qualité acceptable des eaux de mer.

3. Les dispositions de la présente Convention ne constituent qu'un premier pas pour atteindre l'objectif visé au paragraphe 1 ci-dessus.

4. L'annexe A à la Convention précise ce que les Parties contractantes entendent par «Rhin» pour l'application de ladite Convention.

Article 2

1. Les Gouvernements, Parties à la présente Convention, font effectuer, pour leur usage, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'annexe III, un inventaire national des rejets dans les eaux de surface du bassin du Rhin qui peuvent contenir des substances relevant de l'annexe I auxquelles des normes d'émission sont applicables.

2. Les Gouvernements communiquent à la Commission Internationale pour la protection du Rhin contre la pollution (ci-après dénommée «la Commission Internationale»), conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'annexe III, les éléments de leur inventaire mis à jour régulièrement et au moins tous les trois ans.

3. Les propositions de la Commission Internationale prévues au paragraphe 3 de l'article 6 peuvent comprendre, si nécessaire, un inventaire de diverses substances relevant de l'annexe II.

Article 3

1. Tout rejet effectué dans les eaux de surface du bassin du Rhin, susceptible de contenir l'une des substances relevant de l'annexe I, est soumis à une autorisation préalable délivrée par l'autorité compétente du Gouvernement concerné.

2. Pour les rejets de ces substances dans les eaux de surface du bassin du Rhin et, lorsque cela est nécessaire aux fins de l'application de la présente Convention, pour

Ableitungen dieser Stoffe in die Kanalisation, werden mit dieser Genehmigung Emissionsnormen festgesetzt, welche die nach Artikel 5 festgelegten Grenzwerte nicht überschreiten dürfen.

(3) Bei bestehenden Ableitungen dieser Stoffe setzt die Genehmigung eine Frist fest, innerhalb derer die in der Genehmigung festgelegten Bedingungen erfüllt werden müssen. Diese Frist darf die nach Artikel 5 Absatz 3 gesetzten Fristbegrenzungen nicht überschreiten.

(4) Die Genehmigung darf nur für einen begrenzten Zeitraum erteilt werden. Sie kann unter Berücksichtigung etwaiger Änderungen der Grenzwerte des Artikels 5 erneuert werden.

Artikel 4

(1) Die in den Genehmigungen nach Artikel 3 festgesetzten Emissionsnormen legen folgendes fest:

a) die in Ableitungen zulässige maximale Konzentration eines Stoffes. Im Fall der Verdünnung ist der in Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a vorgesehene Grenzwert durch den Verdünnungsfaktor zu teilen;

b) die in einem oder mehreren bestimmten Zeiträumen in Ableitungen zulässige Höchstmenge eines Stoffs. Diese Menge kann erforderlichenfalls darüber hinaus in Gewichtseinheit des Schadstoffs je Einheit des charakteristischen Elements der verunreinigenden Tätigkeit (beispielsweise Gewichtseinheit je Rohstoff oder je Produkteinheit) ausgedrückt werden.

(2) Erklärt der Ableiter, daß er die vorgeschriebenen Emissionsnormen nicht einhalten kann, oder stellt die zuständige Behörde der betreffenden Regierung dies fest, so wird die Genehmigung verweigert.

(3) Werden die Emissionsnormen nicht eingehalten, so trifft die zuständige Behörde der betreffenden Regierung alle zweckdienlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Voraussetzungen für die Genehmigung erfüllt werden und daß die Ableitung erforderlichenfalls verboten wird.

Artikel 5

(1) Die Internationale Kommission schlägt die in Artikel 3 Absatz 2 vorgesehenen Grenzwerte vor und, falls erforderlich, deren Anwendung auf die Ableitungen in die Kanalisation. Diese Grenzwerte werden nach dem Verfahren des Artikels 14 festgelegt. Nach ihrer Annahme werden sie in Anhang IV aufgenommen.

(2) Diese Grenzwerte werden bestimmt

a) durch die in den Ableitungen zulässige maximale Konzentration eines Stoffs und,

b) sofern zweckdienlich, durch die zulässige Höchstmenge eines solchen Stoffs ausgedrückt in Gewichtseinheit des Schadstoffs je Einheit des charakteristischen Elements der verunreinigenden Tätigkeit (beispielsweise Gewichtseinheit je Rohstoff oder je Produkteinheit).

Sofern zweckdienlich, werden die Grenzwerte für industrielle Abwässer für einzelne Industriezweige und Produktarten festgelegt.

Die Grenzwerte für die Stoffe aus Anhang I werden hauptsächlich anhand der nachstehenden Faktoren festgesetzt:

— Toxizität,

— Langlebigkeit,

— Bioakkumulation,

und zwar unter Berücksichtigung der besten verfügbaren technischen Hilfsmittel.

les rejets de ces substances dans les égouts, l'autorisation fixe des normes d'émission qui ne peuvent dépasser les valeurs-limites fixées conformément à l'article 5.

3. En ce qui concerne les rejets existants de ces substances, l'autorisation fixe un délai pour le respect des conditions qu'elle prévoit. Ce délai ne peut excéder les limites fixées conformément au paragraphe 3 de l'article 5.

4. L'autorisation ne peut être accordée que pour une durée limitée. Elle peut être renouvelée compte tenu des éventuelles modifications des valeurs-limites visées à l'article 5.

Article 4

1. Les normes d'émission fixées par les autorisations délivrées en application de l'article 3 déterminent:

a) la concentration maximale admissible d'une substance dans les rejets. En cas de dilution, la valeur-limite prévue au paragraphe 2 a) de l'article 5 est à diviser par le facteur de dilution;

b) la quantité maximale admissible d'une substance dans les rejets pendant une ou plusieurs périodes déterminées. Si nécessaire, cette quantité maximale peut, en outre, être exprimée en unité de poids du polluant par unité d'élément caractéristique de l'activité polluante (par exemple, unité de poids par matière première ou par unité de produit).

2. Si l'auteur du rejet déclare qu'il n'est pas en mesure de respecter les normes d'émission imposées, ou si l'autorité compétente du Gouvernement concerné constate cette impossibilité, l'autorisation est refusée.

3. Si les normes d'émission ne sont pas respectées, l'autorité compétente du Gouvernement concerné prend toutes les mesures utiles pour faire en sorte que les conditions de l'autorisation soient remplies et, si nécessaire, que le rejet soit interdit.

Article 5

1. La Commission Internationale propose les valeurs-limites prévues au paragraphe 2 de l'article 3 et, si nécessaire, leur application aux rejets dans les égouts. Ces valeurs-limites sont fixées conformément à la procédure prévue a l'article 14. Après leur adoption, elles sont incluses dans l'annexe IV.

2. Ces valeurs-limites sont définies:

a) par la concentration maximale admissible d'une substance dans les rejets et,

b) si cela est approprié, par la quantité maximale admissible d'une telle substance, exprimée en unité de poids du poulluant par unité d'élement caractéristique de l'activité polluante (par exemple, unité de poids par matière première ou par unité de produit).

Si cela est approprié, les valeurs-limites applicables aux effluents industriels sont fixées par secteur et par type de produit.

Les valeurs-limites applicables aux substances relevant de l'annexe I sont déterminées principalement sur la base:

— de la toxicité,

— de la persistance,

— de la bioaccumulation,

en tenant compte des meilleurs moyens techniques disponibles.

(3) Die Internationale Kommission schlägt den Vertragsparteien die Fristbegrenzungen nach Artikel 3 Absatz 3 vor, und zwar unter Berücksichtigung der besonderen Merkmale der betreffenden Industriezweige und gegebenenfalls der Produktarten. Diese Fristbegrenzungen werden nach dem Verfahren des Artikels 14 festgelegt.

(4) Die Internationale Kommission verwendet die an den internationalen Meßpunkten angefallenen Ergebnisse, um zu ermitteln, in welchem Maße sich der Gehalt des Rheinwassers an Stoffen aus Anhang I nach Anwendung der vorstehenden Vorschriften verändert.

(5) Die Internationale Kommission kann im Hinblick auf die Güte des Rheinwassers, falls erforderlich, insbesondere unter Berücksichtigung der Toxizität, der Langlebigkeit und der Bioakkumulation des betreffenden Stoffs, andere Maßnahmen zur Verminderung der Verunreinigung des Rheinwassers vorschlagen. Diese Vorschläge werden nach dem Verfahren des Artikels 14 angenommen.

3. La Commission Internationale propose aux Parties contractantes les limites des délais visées au paragraphe 3 de l'article 3 en fonction des caractéristiques propres aux secteurs industriels concernés et, le cas échéant, aux types de produit. Ces limites sont fixées conformément à la procédure prévue à l'article 14.

4. La Commission Internationale utilise les résultats obtenus aux points de mesure internationaux pour évaluer dans quelle mesure la teneur des eaux du Rhin en substances relevant de l'annexe I varie après application des dispositions précédentes.

5. La Commission Internationale peut, si nécessaire, du point de vue de la qualité des eaux du Rhin, proposer d'autres mesures destinées à réduire la pollution des eaux du Rhin, en tenant compte notamment de la toxicité, de la persistance et de la bioaccumulation de la substance considérée. Ces propositions sont adoptées conformément à la procédure prévue à l'article 14.

Artikel 6

(1) Jede Ableitung eines der Stoffe aus Anhang II, welche die Güte des Rheinwassers beeinträchtigen kann, muß zwecks strenger Begrenzung Gegenstand einer Regelung durch die nationalen Behörden sein.

(2) Die Regierungen, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, bemühen sich, innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens nationale Programme zur Verringerung der Verunreinigung des Rheinwassers durch die Stoffe aus Anhang II aufzustellen, zu deren Durchführung sie insbesondere die in den Absätzen 1, 4, 5, 6 und 7 dieses Artikels erwähnten Mittel anwenden.

(3) Vor Festlegung der nationalen Programme beraten die Vertragsparteien in der Internationalen Kommission mit dem Ziel, diese Programme aufeinander abzustimmen. Zu diesem Zweck vergleicht die Internationale Kommission regelmäßig die Entwürfe der nationalen Programme, um sicherzustellen, daß diese Entwürfe hinsichtlich ihrer Ziele und Mittel miteinander im Einklang stehen; sie legt Vorschläge vor, insbesondere um gemeinsame Ziele für die Verringerung der Verunreinigung des Rheinwassers zu erreichen. Diese Vorschläge werden nach dem Verfahren des Artikels 14 angenommen. Der Vergleich der Entwürfe der nationalen Programme darf nicht zu einer Verzögerung der Maßnahmen führen, die auf nationaler oder regionaler Ebene zur Verringerung der Verunreinigung des Rheinwassers zu treffen sind.

(4) Jede Ableitung, die einen der Stoffe aus Anhang II enthalten kann, bedarf einer vorherigen Genehmigung der zuständigen Behörde der betreffenden Regierung, in der die Emissionsnormen festgesetzt werden. Diese sind nach den gemäß Absatz 5 festgelegten Qualitätszielen auszurichten.

(5) Die Programme nach Absatz 2 umfassen Qualitätsziele für das Rheinwasser.

(6) Die Programme können auch spezifische Vorschriften für die Zusammensetzung und die Verwendung von Stoffen oder Stoffgruppen sowie Produkten enthalten; sie berücksichtigen die letzten wirtschaftlich realisierbaren technischen Fortschritte.

(7) In den Programmen werden die Fristen für ihre Durchführung festgelegt.

(8) Die Programme und die Ergebnisse ihrer Durchführung werden der Internationalen Kommission in zusammengefaßter Form mitgeteilt.

Article 6

1. Tout rejet de l'une des substances relevant de l'annexe II, susceptible d'affecter la qualité des eaux du Rhin, doit faire l'objet d'une réglementation par les autorités nationales aux fins d'une limitation sévère.

2. Les Gouvernements, Parties à la présente Convention, s'efforcent d'établir dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention des programmes nationaux de réduction de la pollution des eaux du Rhin par les substances relevant de l'annexe II pour l'exécution desquels ils appliquent en particulier les moyens prévus aux paragraphes 1, 4, 5, 6 et 7 du présent article.

3. Les Parties contractantes se concertent au sein de la Commission Internationale préalablement à l'établissement de ces programmes nationaux. Dans ce but, la Commission Internationale procède régulièrement à une comparaison des projets de programmes nationaux en vue d'assurer la cohérence des objectifs et des moyens de ces projets et présente des propositions en vue d'atteindre notamment des objectifs communs de réduction de la pollution des eaux du Rhin. Ces dernières propositions sont adoptées en application de la procédure prévue à l'article 14 de la présente Convention. La comparaison des projets de programmes nationaux ne peut conduire à retarder la mise en œuvre au niveau national ou régional des mesures destinées à réduire la pollution des eaux du Rhin.

4. Tout rejet susceptible de contenir l'une des substances relevant de l'annexe II est soumis à une autorisation préalable délivrée par l'autorité compétente du Gouvernement concerné et fixant les normes d'émission. Celles-ci sont déterminées en fonction des objectifs de qualité prévus au paragraphe 5.

5. Les programmes visés au paragraphe 2 ci-dessus comprennent des objectifs de qualité pour les eaux du Rhin.

6. Les programmes peuvent également contenir des dispositions spécifiques relatives à la composition et à l'emploi de substances ou groupes de substances ainsi que de produits, et tiennent compte des derniers progrès techniques économiquement réalisables.

7. Les programmes fixent les délais de leur mise en œuvre.

8. Les programmes et les résultats de leur application sont communiqués à la Commission Internationale sous forme résumée.

Artikel 7

(1) Die Vertragsparteien treffen alle gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um zu gewährleisten, daß das Lagern und Ablagern der Stoffe aus den Anhängen I und II so vorgenommen werden, daß für das Rheinwasser keine Gefahr der Verunreinigung besteht.

(2) Die Internationale Kommission schlägt den Vertragsparteien, falls erforderlich, geeignete Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers vor, um der Verunreinigung des Rheinwassers durch die Stoffe aus den Anhängen I und II vorzubeugen.

Article 7

1. Les Parties contractantes prennent toutes les mesures législatives et réglementaires garantissant que la mise en dépôt des substances relevant des annexes I et II soit effectuée de telle manière qu'il n'y ait pas de menace de pollution pour les eaux du Rhin.

2. La Commission Internationale propose, si nécessaire, aux Parties contractantes des mesures appropriées relatives à la protection des eaux souterraines en vue de prévenir la pollution des eaux du Rhin par les substances relevant des annexes I et II.

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß die Ableitungen nach Maßgabe dieses Übereinkommens kontrolliert werden.

(2) Sie unterrichten die Internationale Kommission jährlich über die gewonnenen Erfahrungen.

Article 8

1. Les Parties contractantes veillent à ce que les rejets soient contrôlés en application de la présente Convention.

2. Elles informent annuellement la Commission Internationale des expériences acquises.

Artikel 9

Die Durchführung der auf Grund dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen darf keinesfalls eine unmittelbare oder mittelbare Zunahme der Verunreinigung des Rheinwassers zur Folge haben.

Article 9

L'application des mesures prises en vertu de la présente Convention ne peut en aucun cas avoir pour effet de permettre d'accroître directement ou indirectement la pollution des eaux du Rhin.

Artikel 10

(1) Zur Kontrolle des Gehalts des Rheinwassers an Stoffen aus den Anhängen I und II übernimmt jede betroffene Regierung an den vereinbarten Meßstationen am Rhein die Aufstellung und den Betrieb der Meßsysteme und -geräte zur Feststellung der Konzentration der genannten Stoffe.

(2) Jede betroffene Regierung unterrichtet die Internationale Kommission regelmäßig, und zwar mindestens einmal jährlich über die Ergebnisse dieser Kontrollen.

(3) Die Internationale Kommission erstellt einen Jahresbericht, in dem die Ergebnisse der Kontrollen zusammengefaßt werden, und der es erlaubt, die Entwicklung der Güte des Rheinwassers zu verfolgen.

Article 10

1. En vue de contrôler la teneur des eaux du Rhin en substances relevant des annexes I et II, chaque Gouvernement concerné prend à sa charge aux stations de mesure convenues sur le Rhin l'installation et le fonctionnement d'appareils et de systèmes de mesure, servant à déterminer la concentration desdites substances.

2. Chaque Gouvernement concerné informe régulièrement, au moins une fois par an, la Commission Internationale des résultats de ces contrôles.

3. La Commission Internationale rédige un rapport annuel résumant les résultats des contrôles et permettant de suivre l'évolution de la qualité des eaux du Rhin.

Artikel 11

Stellt eine Regierung, die Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, im Rheinwasser ein plötzliches erhebliches Ansteigen der Stoffe aus den Anhängen I und II fest oder erhält sie von einem Unfall Kenntnis, dessen Auswirkungen geeignet sind, die Güte dieses Wassers ernstlich zu bedrohen, so unterrichtet sie nach einem von der Internationalen Kommission auszuarbeitenden Verfahren unverzüglich die Internationale Kommission und die Vertragsparteien, die hiervon betroffen sein können.

Article 11

Lorsqu'un Gouvernement, Partie à la présente Convention, constate dans les eaux du Rhin un accroissement soudain et notable des substances relevant des annexes I et II ou a connaissance d'un accident dont les conséquences sont susceptibles de menacer gravement la qualité de ces eaux, il en informe sans retard la Commission Internationale et les Parties contractantes susceptibles d'en être affectées selon une procédure à élaborer par la Commission Internationale.

Artikel 12

(1) Die Vertragsparteien unterrichten die Internationale Kommission regelmäßig über ihre bei der Durchführung dieses Übereinkommens gewonnenen Erfahrungen.

(2) Die Internationale Kommission spricht gegebenenfalls Empfehlungen aus, um die Durchführung dieses Übereinkommens nach und nach zu verbessern.

Article 12

1. Les Parties contractantes informent régulièrement la Commission Internationale de leurs expériences acquises lors de l'application de la présente Convention.

2. La Commission Internationale formule, le cas échéant, des recommandations, afin d'améliorer progressivement l'application de cette Convention.

Artikel 13

Die Internationale Kommission erarbeitet Empfehlungen, um durch den Einsatz geeigneter Meß- und Analysenmethoden zu vergleichbaren Ergebnissen zu gelangen.

Article 13

La Commission Internationale élabore des recommandations en vue d'atteindre des résultats comparables par l'emploi de méthodes appropriées de mesures et d'analyses.

Artikel 14

(1) Die Anhänge I bis IV, die Bestandteil dieses Übereinkommens sind, können zur Anpassung an die technische und wissenschaftliche Entwicklung oder zur wirksameren Bekämpfung der chemischen Verunreinigung des Rheinwassers geändert und ergänzt werden.

(2) Zu diesem Zweck empfiehlt die Internationale Kommission die ihr angebracht erscheinenden Änderungen oder Zusätze.

(3) Die geänderten oder ergänzten Texte treten nach einstimmiger Annahme durch die Vertragsparteien in Kraft.

Artikel 15

Jede Streitigkeit zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder die Durchführung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird, sofern die Streitparteien nichts anderes beschließen, auf Antrag einer Streitpartei dem Schiedsverfahren nach Maßgabe des Anhangs B unterworfen, der Bestandteil des Übereinkommens ist.

Artikel 16

Bei der Durchführung dieses Übereinkommens handeln die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten im Bereich ihrer jeweiligen Zuständigkeit.

Artikel 17

(1) Jede Unterzeichnerpartei notifiziert der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, daß ihre Verfahren zum Inkrafttreten dieses Übereinkommens durchgeführt sind.

(2) Vorbehaltlich der Notifikation durch jede Vertragspartei, daß die erforderlichen Verfahren für das Inkrafttreten der Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung durchgeführt sind, tritt dieses Übereinkommen am ersten Tag des übernächsten Monats nach Eingang der letzten Notifikation gemäß Absatz 1 in Kraft.

Artikel 18

Dieses Übereinkommen kann nach Ablauf von drei Jahren nach seinem Inkrafttreten jederzeit von jeder Vertragspartei durch eine Erklärung an die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gekündigt werden. Die Kündigung wird für die kündigende Vertragspartei sechs Monate nach Eingang der Erklärung bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft wirksam.

Artikel 19

Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft unterrichtet die Vertragsparteien vom Zeitpunkt des Eingangs jeder Notifikation oder Erklärung nach den Artikeln 14, 17 und 18.

Artikel 20

(1) Wird die Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung von einer ihrer Vertragsparteien gekündigt, so nehmen die Vertragsparteien unverzüglich Konsultationen über die erforderlichen Maßnahmen auf, um die Fortführung der Aufgaben zu gewährleisten, die der Internationalen Kommission nach diesem Übereinkommen obliegen.

Article 14

1. Les annexes I à IV qui font partie intégrante de la présente Convention peuvent être modifiées et complétées en vue de les adapter au développement scientifique et technique ou d'améliorer l'efficacité de la lutte contre la pollution chimique des eaux du Rhin.

2. A cette fin, la Commission Internationale recommande les modifications ou compléments qui lui paraissent utiles.

3. Les textes modifiés ou complétés entreront en vigueur après adoption unanime par les Parties contractantes.

Article 15

Tout différend entre des Parties contractantes relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention et qui n'aura pu être réglé par voie de négociation est, sauf si les parties au différend en disposent autrement, soumis, à la requête de l'une d'entre elles, à l'arbitrage conformément aux dispositions de l'annexe B qui fait partie intégrante de la présente Convention.

Article 16

Pour l'application de la présente Convention la Communauté Economique Européenne et ses Etats membres agissent dans les domaines relevant de leurs compétences respectives.

Article 17

1. Chaque Partie signataire notifiera au Gouvernement de la Confédération Suisse l'exécution des procédures requises en ce qui la concerne pour l'entrée en vigueur de la présente Convention.

2. Sous réserve de la notification par chaque Partie de l'accomplissement des procédures requises pour l'entrée en vigueur de l'Accord additionnel à l'Accord concernant la Commission Internationale pour la protection du Rhin contre la pollution, la présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la réception de la dernière notification prévue au paragraphe précédent.

Article 18

A l'expiration d'un délai de trois ans après son entrée en vigueur, la présente Convention pourra être dénoncée à tout moment par chacune des Parties contractantes par une déclaration adressée au Gouvernement de la Confédération Suisse. La dénonciation prendra effet, pour la Partie qui dénonce, six mois après réception de la déclaration par le Gouvernement de la Confédération Suisse.

Article 19

Le Gouvernement de la Confédération Suisse informera les Parties contractantes de la date de réception de toute notification ou déclaration reçue en application des articles 14, 17 et 18.

Article 20

1. Si l'Accord du 29 avril 1963 concernant la Commission Internationale pour la protection du Rhin contre la pollution est dénoncé par l'une des Parties audit Accord, les Parties contractantes procéderont sans délai à des consultations au sujet des dispositions nécessaires en vue d'assurer la continuité de l'exécution des tâches qui, aux termes de la présente Convention, incombent à la Commission Internationale.

(2) Wird innerhalb sechs Monaten nach Aufnahme der Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann jede Vertragspartei dieses Übereinkommen jederzeit nach Artikel 18 kündigen, ohne den Ablauf der Frist von drei Jahren abzuwarten.

Artikel 21

Dieses Übereinkommen, das in einer Urschrift in deutscher, französischer und niederländischer Sprache abgefaßt ist, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Dezember 1976.

2. Si un accord n'est pas intervenu dans les six mois suivant l'ouverture des consultations, chacune des Parties contractantes pourra dénoncer à tout moment la présente Convention conformément à l'article 18, sans attendre l'expiration du délai de trois ans.

Article 21

La présente Convention rédigée en un exemplaire unique, en langues allemande, française et néerlandaise, les trois textes faisant également foi, sera déposée dans les archives du Gouvernement de la Confédération Suisse qui en remettra une copie certifiée conforme à chacune des Parties contractantes.

FAIT à Bonn, le 3 décembre 1976.

Anhang A

Für die Durchführung dieses Übereinkommens beginnt der Rhein am Ausfluß des Untersees und umfaßt die Arme, durch die sein Wasser frei in die Nordsee fließt bis zur Küstenlinie, einschließlich der IJssel bis Kampen.

Bei der Aufstellung der nationalen Programme nach Artikel 6 dieses Übereinkommens, soweit es um Qualitätsziele geht, und der Koordinierung dieser Programme in der Internationalen Kommission wird je nach Fall eine Unterscheidung zwischen Süßwasser und Brackwasser des Flusses berücksichtigt.

Annexe A

Pour l'application de la présente Convention, le Rhin commence à la sortie du Lac inférieur et il inclut les bras, jusqu'à la ligne côtière, par lesquels il écoule librement ses eaux dans la mer du Nord, y compris l'IJssel jusqu'à Kampen.

Dans l'établissement des programmes nationaux prévus à l'article 6 de la Convention, en ce qui concerne les objectifs de qualité, et la coordination des programmes qui sera faite au sein de la Commission Internationale, il sera, selon les cas, tenu compte de la distinction entre eaux douces et eaux saumâtres du fleuve.

Anhang B

Schiedsverfahren

(1) Sofern die Streitparteien nichts anderes beschließen, bestimmt sich das Schiedsverfahren nach diesem Anhang.

(2) Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern; jede Streitpartei bestellt einen Schiedsrichter; die beiden so bestellten Schiedsrichter bestimmen einvernehmlich den dritten Schiedsrichter, der als Obmann des Schiedsgerichts tätig wird.

Ist der Obmann des Schiedsgerichts nicht binnen zwei Monaten nach Ernennung des zweiten Schiedsrichters bestellt worden, so bestellt ihn der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf Antrag der zuerst handelnden Partei binnen weiterer zwei Monate.

(3) Hat eine der Streitparteien nicht binnen zwei Monaten nach Eingang des Antrags nach Artikel 15 des Übereinkommens einen Schiedsrichter bestellt, so kann die andere Partei den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hiermit befassen, der den Obmann des Schiedsgerichts binnen weiterer zwei Monate bestellt. Sobald der Obmann des Schiedsgerichts ernannt ist, fordert er die Partei, die noch keinen Schiedsrichter bestellt hat, auf, dies binnen zwei Monaten zu tun. Nach Ablauf dieser Frist befaßt er den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der diese Ernennung binnen weiterer zwei Monate vornimmt.

(4) Ist der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in den in den vorstehenden Absätzen erwähnten Fällen verhindert oder ist er Staatsangehöriger einer der Streitparteien, so obliegt die Bestellung des Obmanns des Schiedsgerichts oder die Ernennung des Schiedsrichters dem Vizepräsidenten des Gerichtshofs oder dem dienstältesten Mitglied des Gerichtshofs, die nicht verhindert und nicht Staatsangehörige einer Streitpartei sind.

(5) Diese Bestimmungen finden sinngemäß bei der Besetzung frei werdender Stellen Anwendung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet nach den Regeln des Völkerrechts und insbesondere nach den Vorschriften des Übereinkommens.

(7) Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sowohl in Verfahrens- als auch in materiellen Fragen werden mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder getroffen; die Abwesenheit oder die Stimmenthaltung eines von den Parteien bestellten Mitglieds des Gerichts hindert das Gericht nicht, zu entscheiden. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Obmanns den Ausschlag. Die Entscheidungen des Gerichts sind für die Parteien bindend. Diese

Annexe B

Arbitrage

1. A moins que les parties au différend n'en disposent autrement, la procédure d'arbitrage est conduite conformément aux dispositions de la présente annexe.

2. Le tribunal arbitral est composé de trois membres — chacune des parties au différend nomme un arbitre, les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le troisième arbitre qui assume la présidence du tribunal.

Si au terme d'un délai de deux mois à compter de la désignation du deuxième arbitre, le Président du tribunal n'a pas été désigné, le Président de la Cour Européenne des Droits de l'Homme procède, à la requête de la partie la plus diligente dans un nouveau délai de deux mois, à sa désignation.

3. Si dans un délai de deux mois après la réception de la requête prévue à l'article 15 de la Convention, l'une des parties au différend n'a pas procédé à la désignation qui lui incombe d'un membre du tribunal, l'autre partie peut saisir le Président de la Cour Européenne des Droits de l'Homme qui désigne le Président du tribunal arbitral dans un nouveau délai de deux mois. Dès sa désignation le Président du tribunal arbitral demande à la partie qui n'a pas nommé d'arbitre de le faire dans un délai de deux mois. Passé ce délai, il saisit le Président de la Cour Européenne des Droits de l'Homme qui procède à cette nomination dans un nouveau délai de deux mois.

4. Si dans les cas visés aux paragraphes précédentes le Président de la Cour Européenne des Droits de l'Homme se trouve empêché ou s'il est le ressortissant de l'une des parties au différend la désignation du Président du tribunal arbitral ou la nomination de l'arbitre incombe au vice-président de la Cour ou au membre le plus ancien de la Cour qui ne se trouve pas empêché et qui n'est pas le ressortissant de l'une des parties au différend.

5. Les dispositions qui précèdent s'appliquent, selon le cas, pour pourvoir aux sièges devenus vacants.

6. Le tribunal arbitral décide selon les règles du droit international et, en particulier, selon les dispositions de la présente Convention.

7. Les décisions du tribunal arbitral tant sur la procédure que sur le fond, sont prises à la majorité des voix de ses membres, l'absence ou l'abstention d'un des membres du tribunal désignés par les parties n'empêchant pas le tribunal de statuer. En cas de partage égal des voix, la voix du Président est prépondérante. Les décisions du tribunal lient les parties. Celles-ci supportent les frais de l'arbitre qu'elles ont désigné et se partagent à part égale

tragen die Kosten für den von ihnen bestellten Schiedsrichter und teilen sich zu gleichen Teilen in die anderen Kosten. Für die weiteren Fragen gibt sich das Schiedsgericht eine Verfahrensordnung.

(8) Im Fall von Streitigkeiten zwischen zwei Vertragsparteien, von denen nur eine ein Mitgliedstaat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist — die ihrerseits selbst Vertragspartei ist —, richtet die andere Partei den entsprechenden Antrag gleichzeitig an diesen Mitgliedstaat und an die Gemeinschaft, die dieser Partei gemeinsam innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang des Antrags mitteilen, ob der Mitgliedstaat, die Gemeinschaft oder der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft gemeinsam als Streitpartei auftreten. Ergeht eine solche Mitteilung nicht innerhalb dieser Frist, so gelten der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft für die Anwendung dieses Anhangs als ein und dieselbe Streitpartei. Das gleiche gilt, wenn der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft gemeinsam als Streitpartei auftreten.

les autres frais. Sur les autres points le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

8. En cas de différend entre deux Parties contractantes dont une seule est un Etat membre de la Communauté Economique Européenne, elle-même Partie contractante, l'autre Partie adresse la requête, à la fois à cet Etat membre et à la Communauté, qui lui notifient conjointement, dans un délai de deux mois après la réception de la requête, si l'Etat membre, la Communauté ou l'Etat membre et la Communauté conjointement se constituent partie au différend. A défaut d'une telle notification dans ledit délai, l'Etat membre et la Communauté sont réputés n'être qu'une seule et même partie au différend pour l'application des dispositions de la présente annexe. Il en est de même lorsque l'Etat membre et la Communauté se constituent conjointement partie au différend.

Anhang I

Stoffamilien und Stoffgruppen

Der Anhang I umfaßt bestimmte einzelne Stoffe folgender Stoffamilien oder -gruppen, die hauptsächlich auf Grund ihrer Toxizität, ihrer Langlebigkeit, ihrer Bioakkumulation auszuwählen sind, mit Ausnahme von biologisch unschädlichen Stoffen und Stoffen, die rasch in biologisch unschädliche Stoffe umgewandelt werden:

1. Organische Halogenverbindungen und Stoffe, die im Wasser derartige Verbindungen bilden können;
2. organische Phosphorverbindungen;
3. organische Zinnverbindungen;
4. Stoffe, deren krebserregende Wirkung im oder durch das Wasser erwiesen ist*);
5. Quecksilber und Quecksilberverbindungen;
6. Kadmium und Kadmiumverbindungen;
7. beständige Mineralöle und aus Erdöl gewonnene beständige Kohlenwasserstoffe.

*) Sofern bestimmte Stoffe aus Anhang II krebserregende Wirkung haben, fallen sie unter Nummer 4 dieses Anhangs.

Annexe I

Familles et groupes de substances

L'annexe I comprend certaines substances individuelles qui font partie des familles et groupes de substances suivants, à choisir principalement sur la base de leur toxicité, de leur persistance, de leur bioaccumulation, à l'exception de celles qui sont biologiquement inoffensives ou qui se transforment rapidement en substances biologiquement inoffensives:

1. Composés organohalogénés et substances qui peuvent donner naissance à de tels composés dans le milieu aquatique;
2. Composés organophosphoriques;
3. Composés organostanniques;
4. Substances dont il est prouvé qu'elles possèdent un pouvoir cancérigène dans le milieu aquatique ou par l'intermédiaire de celui-ci *);
5. Mercure et composés du mercure;
6. Cadmium et composés du cadmium;
7. Huiles minérales persistantes et hydrocarbures d'origine pétrolière persistants.

*) Dans la mesure où certaines substances contenues dans l'annexe II ont un pouvoir cancérigène, elles sont incluses dans la catégorie 4 de la présente annexe.

Anhang II

Stoffamilien und Stoffgruppen

Der Anhang II umfaßt

— diejenigen Stoffe der im Anhang I aufgeführten Stoffamilien und Stoffgruppen, für welche die in Artikel 5 des Ubereinkommens vorgesehenen Grenzwerte nicht festgelegt werden,

— bestimmte einzelne Stoffe und bestimmte Stoffkategorien aus den nachstehend aufgeführten Stoffamilien und Stoffgruppen,

die für die Gewässer schädlich sind, wobei die schädlichen Auswirkungen jedoch auf eine bestimmte Zone beschränkt sein können und von den Merkmalen des aufnehmenden Gewässers und der Lokalisierung abhängen.

Annexe II

Familles et groupes de substances

L'annexe II comprend:

— les substances qui font partie des familles et groupes de substances énumérés dans l'annexe I et pour lesquelles les valeurs-limites visées à l'article 5 de la Convention ne sont pas déterminées,

— certaines substances individuelles et certaines catégories de substances qui font partie des familles et groupes de substances énumérés ci-dessous,

et qui ont sur le milieu aquatique un effet nuisible qui peut cependant être limité à une certaine zone et qui dépend des caractéristiques des eaux de réception et de leur localisation.

Stoffamilien und Stoffgruppen nach dem zweiten Gedankenstrich:

1. Folgende Metalloide und Metalle und ihre Verbindungen:

1. Zink,	8. Antimon,	15. Uran,
2. Kupfer,	9. Molybdän,	16. Vanadium,
3. Nickel,	10. Titan,	17. Kobalt,
4. Chrom,	11. Zinn,	18. Thallium,
5. Blei,	12. Barium,	19. Tellur,
6. Selen,	13. Beryllium,	20. Silber;
7. Arsen,	14. Bor,	

2. Biozide
   und davon abgeleitete Verbindungen, die nicht im Anhang I aufgeführt sind;
3. Stoffe, die eine abträgliche Wirkung auf den Geschmack und/oder den Geruch der Erzeugnisse haben, die aus den Gewässern für den menschlichen Verzehr gewonnen werden, sowie Verbindungen, die im Wasser zur Bildung solcher Stoffe führen können;
4. Giftige oder langlebige organische Siliziumverbindungen
   und Stoffe, die im Wasser zur Bildung solcher Verbindungen führen können, mit Ausnahme derjenigen, die biologisch unschädlich sind oder die sich im Wasser rasch in biologisch unschädliche Stoffe umwandeln;
5. Anorganische Phosphorverbindungen und reiner Phosphor;
6. Nichtbeständige Mineralöle und aus Erdöl gewonnene nichtbeständige Kohlenwasserstoffe;
7. Zyanide,
   Fluoride;
8. Stoffe, die sich auf die Sauerstoffbilanz ungünstig auswirken, insbesondere
   Ammoniak,
   Nitrite.

Familles et groupes de substances visés au second tiret:

1. Métalloïdes et métaux suivants, ainsi que leurs composés:

1. Zinc,	8. Antimoine,	15. Uranium,
2. Cuivre,	9. Molybdène,	16. Vanadium,
3. Nickel,	10. Titane,	17. Cobalt,
4. Chrome,	11. Etain,	18. Tallium,
5. Plomb,	12. Baryum,	19. Tellure,
6. Sélénium,	13. Béryllium,	20. Argent;
7. Arsenic,	14. Bore,	

2. Biocides
   et leurs dérivés ne figurant pas dans l'annexe I;
3. Substances ayant un effet nuisible sur le goût et/ou sur l'odeur des produits de consommation de l'homme dérivés du milieu aquatique,
   ainsi que les composés susceptibles de donner naissance à de telles substances dans les eaux;
4. Composés organosiliciés toxiques ou persistants
   et substances qui peuvent donner naissance à de tels composés dans les eaux, à l'exclusion de ceux qui sont biologiquement inoffensifs ou qui se transforment rapidement dans l'eau en substances inoffensives;
5. Composés inorganiques de phosphore et phosphore élémentaire;
6. Huiles minérales non persistantes et hydrocarbures d'origine pétrolière non persistants;
7. Cyanures,
   Fluorures;
8. Substances exerçant une influence défavorable sur le bilan d'oxygène, notamment:
   Ammoniaque,
   Nitrites.

Anhang III

(1) Die nationale Bestandsaufnahme nach Artikel 2 Absatz 1 dieses Übereinkommens umfaßt die Ableiter, die Ableitepunkte, die abgeleiteten Stoffe, unterschieden nach ihrer Art, sowie die Menge dieser Stoffe.

(2) Die in Artikel 2 Absatz 2 des Übereinkommens genannten Bestandteile der Bestandsaufnahme beziehen sich auf die jeweiligen Globalmengen der verschiedenen Stoffe aus Anhang I, die in die Gewässer des Rheineinzugsgebiets zwischen den von der Internationalen Kommission vorgeschlagenen und von allen Vertragsparteien angenommenen Meßpunkten eingeleitet werden.

Annexe III

1. L'inventaire national prévu au paragraphe 1 de l'article 2 de la présente Convention porte sur les déverseurs, les points de déversement, les substances déversées, classées selon leur caractère, et sur la quantité de ces substances.

2. Les éléments de l'inventaire visés au paragraphe 2 de l'article 2 de la Convention portent sur les quantités globales respectives des différentes substances relevant de l'annexe I, déversées dans les eaux du bassin du Rhin entre les points de mesure proposés par la Commission Internationale et acceptés par toutes les Parties contractantes.

Anhang IV

Grenzwerte (Artikel 5)

Stoff oder Stoff-gruppe	Herkunft	Grenzwert, ausgedrückt als Höchstkonzentration eines Stoffes	Grenzwert, ausgedrückt als Höchstmenge eines Stoffes	Fristbegrenzung für die bestehenden Ableitungen	Bemerkungen

Annexe IV

Valeurs-limites (article 5)

Substance ou groupe de subs-tances	origine	valeur-limite exprimée en concentration maximale d'une substance	valeur-limite exprimée en quantité maximale d'une substance	limite de délai pour les rejets existants	observations

Übereinkommen zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride

Convention relative à la protection du Rhin contre la pollution par les chlorures

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,

die Regierung der Französischen Republik,

die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,

die Regierung des Königreichs der Niederlande

und die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

unter Bezugnahme auf die Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung,

im Hinblick auf die derzeitige Belastung des Rheins durch Chlorid-Ionen,

im Bewußtsein der Schäden, die sich hieraus ergeben könnten,

bezugnehmend auf die Erkenntnisse und Ergebnisse der am 25. und 26. Oktober 1972 in Den Haag abgehaltenen Ministerkonferenz über die Verunreinigung des Rheins, auf der der Wunsch geäußert worden ist, die Güte des Rheinwassers stufenweise so zu verbessern, daß an der deutsch-niederländischen Grenze der Gehalt von 200 mg/l Chlorid-Ionen nicht überschritten wird,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien verstärken ihre Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Verunreinigung des Rheins durch Chlorid-Ionen in einer ersten Stufe auf der Grundlage dieses Übereinkommens.

(2) Anhang A dieses Übereinkommens umschreibt, was die Vertragsparteien bei dessen Durchführung unter „Rhein" verstehen.

Artikel 2

(1) Die Ableitungen von Chlorid-Ionen in den Rhein werden zumindest um 60 kg/s Chlorid-Ionen (Jahresdurchschnitt) verringert. Dieses Ziel wird im französischen Hoheitsgebiet schrittweise verwirklicht.

(2) Zum Zweck der Durchführung der Verpflichtung aus Absatz 1 wird die französische Regierung nach Maßgabe des Anhangs I dieses Übereinkommens eine Anlage zum Einbringen in den elsässischen Untergrund errichten lassen, um die Ableitung der Elsässischen Kaligruben um eine erste Menge in Höhe von 20 kg/s Chlorid-Ionen für eine Dauer von zehn Jahren zu verringern. Die Anlage wird so bald wie möglich, spätestens jedoch achtzehn Monate nach Inkrafttreten des Übereinkommens errichtet. Die französische Regierung unterrichtet davon regelmäßig die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung (im folgenden als „Internationale Kommission" bezeichnet).

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

le Gouvernement de la République Française,

le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg,

le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas,

et le Gouvernement de la Confédération Suisse,

se référant à l'Accord du 29 avril 1963 concernant la Commission Internationale pour la protection du Rhin contre la pollution,

considérant la charge actuelle du Rhin en ions-chlore,

conscients des dommages qui pourraient en résulter,

se référant aux constatations et aux résultats de la conférence ministérielle sur la pollution du Rhin des 25 et 26 octobre 1972 à La Haye, au cours de laquelle avait été exprimé le souhait d'une amélioration progressive de la qualité des eaux du Rhin, de sorte que la teneur de 200 mg/l d'ions-chlore ne soit pas dépassée à la frontière germano-néerlandaise,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1er

1. Les Parties contractantes renforcent leur collaboration en vue de lutter contre la pollution du Rhin par les ions-chlore sur la base, dans une première étape, des dispositions de la présente Convention.

2. L'annexe A à la Convention précise ce que les Parties contractantes entendent par «Rhin» pour l'application de ladite Convention.

Article 2

1. Les rejets d'ions-chlore dans le Rhin seront réduits d'au moins 60 kg/s d'ions-chlore (moyenne annuelle). Cet objectif sera réalisé progressivement et sur le territoire français.

2. Pour mettre en œuvre l'engagement prévu au paragraphe précédent, le Gouvernement français fera réaliser dans des conditions prévues à l'annexe I de la présente Convention une installation d'injection dans le sous-sol alsacien en vue de réduire pendant une durée de dix ans les rejets des Mines de Potasse d'Alsace d'une première quantité de l'ordre de 20 kg/s d'ions-chlore. L'installation est mise en place dès que possible, au plus tard dans un délai de dix-huit mois après l'entrée en vigueur de la Convention. Le Gouvernement français en informe régulièrement la Commission Internationale pour la protection du Rhin contre la pollution (ci-après dénommée «la Commission Internationale»).

(3) Die Vertragsparteien sind übereingekommen, daß die französische Regierung unter Berücksichtigung der Ergebnisse, die bei der Durchführung der ersten Phase nach Absatz 2 gewonnen werden, alle Maßnahmen treffen wird, damit das Ziel nach Absatz 1 bis zum 1. Januar 1980 durch Einbringen in den elsässischen Untergrund oder durch andere Mittel erreicht wird, vorbehaltlich einer Einigung über die technischen Modalitäten des Vorhabens und die Finanzierung der damit verbundenen Kosten.

(4) Die französische Regierung legt ein Gesamtkonzept über die technischen Modalitäten und die Kosten der nach Absatz 3 zu treffenden Maßnahmen vor.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien treffen in ihrem Hoheitsgebiet die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung einer Steigerung der im Rheineinzugsgebiet abgeleiteten Chlorid-Ionen-Mengen. Die Werte der nationalen Frachten sind in Anhang II aufgeführt.

(2) Steigerungen der Chlorid-Ionen-Mengen aus Einzelableitungen sind nur insoweit zulässig, als in den Hoheitsgebieten der betreffenden Vertragsparteien ein Frachtausgleich herbeigeführt wird oder wenn ein Gesamtausgleich im Rahmen der Internationalen Kommission gefunden werden kann. Diese Bestimmung läßt Artikel 6 unberührt.

(3) Ausnahmsweise kann eine Vertragspartei aus zwingenden Gründen nach Einholung der Stellungnahme der Internationalen Kommission eine Steigerung bewilligen, ohne daß ein sofortiger Ausgleich vorgenommen wird.

(4) Die Vertragsparteien überwachen alle Chlorid-Ionen-Ableitungen von mehr als 1 kg/s im Rheineinzugsgebiet in ihrem Hoheitsgebiet.

(5) Jede Vertragspartei übersendet der Internationalen Kommission einmal jährlich einen Bericht, aus dem die Entwicklung der Chlorid-Ionen-Fracht des Rheinwassers so genau wie möglich entnommen werden kann. Dieser Bericht beruht auf allen relevanten Daten der vorgesehenen nationalen Meßprogramme und unterscheidet zwischen den Ableitungen von mehr als 1 kg/s und den übrigen Ableitungen. Ist eine solche Unterscheidung nicht möglich, so ist der Internationalen Kommission darüber zu berichten.

(6) Der in Absatz 1 genannte Anhang sowie der Grenzwert von 1 kg/s Chlorid-Ionen werden jährlich von der Internationalen Kommission im Hinblick auf die Entwicklung überprüft. Falls erforderlich schlägt sie den Regierungen eine Anpassung des Anhangs vor.

Artikel 4

(1) Die französische Regierung kann von sich aus oder auf Ersuchen einer anderen Vertragspartei das Einbringen oder die Rückhaltung der Chlorid-Ionen unterbrechen lassen, wenn erhebliche Gefahren für die Umwelt und insbesondere für das Grundwasser auftreten.

(2) Die französische Regierung oder jede andere ersuchende Vertragspartei unterrichtet die Internationale Kommission sofort über die Lage und macht Angaben über Ausmaß und Art der Gefahren.

(3) Die französische Regierung trifft sofort die auf Grund der Lage erforderlichen Maßnahmen. Sie unterrichtet hierüber die Internationale Kommission. Wird die Lage nicht mehr als gefährlich erachtet, so ist das Einbringen oder die Rückhaltung der Chlorid-Ionen unverzüglich wieder aufzunehmen.

(4) Auf Antrag einer Vertragspartei konsultieren die Vertragsparteien einander in der Internationalen Kom-

3. Les Parties contractantes sont convenues que le Gouvernement français prendra, après considération des résultats obtenus dans la première phase prévue au paragraphe 2, toutes les mesures pour faire atteindre avant le ler janvier 1980, par injection dans le sous-sol alsacien ou par d'autres moyens, l'objectif fixé au paragraphe 1, sous réserve d'un accord sur les modalités techniques du projet et sur le financement des coûts y afférents.

4. Le Gouvernement français présente un plan global sur les modalités techniques et les coûts des mesures à prendre pour l'application du paragraphe 3.

Article 3

1. Les Parties contractantes prennent, sur leur territoire, les dispositions requises pour éviter l'augmentation des quantités d'ions-chlore rejetées dans le bassin du Rhin. Les valeurs des charges nationales figurent à l'annexe II.

2. Les augmentations des quantités d'ions-chlore provenant de rejets isolés ne sont admissibles que dans la mesure où les Parties contractantes concernées procèdent sur leur territoire à une compensation de la charge ou si une compensation globale peut être trouvée dans le cadre de la Commission Internationale. Cette disposition ne fait pas obstacle à l'application de l'article 6.

3. Une Partie contractante peut exceptionnellement, pour des raisons impératives et après avoir demandé l'avis de la Commission Internationale, autoriser une augmentation sans qu'une compensation immédiate soit opérée.

4. Les Parties contractantes contrôlent tous les rejets d'ions-chlore supérieurs à 1 kg/s dans le bassin du Rhin sur leur territoire.

5. Chaque Partie contractante adresse une fois par an à la Commission Internationale un rapport qui fait ressortir de façon aussi précise que possible l'évolution de la charge en ions-chlore des eaux du Rhin. Ce rapport est fondé sur toutes les données significatives des programmes nationaux de mesure prévus, et distingue les rejets supérieurs à 1 kg/s des autres rejets. S'il est impossible d'établir une telle distinction, il doit en être rendu compte à la Commission Internationale.

6. L'annexe mentionnée au paragraphe 1 ainsi que la valeur limite de 1 kg/s d'ions-chlore sont examinées chaque année par la Commission Internationale en fonction de l'évolution de la situation. En cas de besoin elle propose aux Gouvernements une adaptation de l'annexe.

Article 4

1. Le Gouvernement français, de sa propre initiative ou à la requête d'une autre Partie contractante, peut faire interrompre l'opération d'injection ou de résorption d'ions-chlore lorsque de graves dangers se manifestent pour l'environnement et notamment la nappe phréatique.

2. Le Gouvernement français, ou toute autre Partie requérante, informe immédiatement la Commission Internationale de la situation et lui communique des données sur l'étendue et la nature des dangers.

3. Le Gouvernement français prend immédiatement les mesures que la situation rend nécessaires. Il en informe la Commission Internationale. Lorsque la situation n'est plus estimée dangereuse, l'opération d'injection ou de résorption d'ions-chlore est à reprendre sans délai.

4. Les Parties contractantes, à la demande de l'une d'entre elles, se consultent au sein de la Commission

mission mit dem Ziel, gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen zu treffen.

Artikel 5

Verursacht das Einbringen oder die Rückhaltung der Chlorid-Ionen Schäden, für die nicht die Erbauer des Werkes oder Dritte ganz oder teilweise in Anspruch genommen werden können, so beraten die Vertragsparteien auf Antrag einer von ihnen über einen etwaigen Beitrag, der an die französische Regierung geleistet werden könnte.

Artikel 6

Die Internationale Kommission wird innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten des Übereinkommens den Vertragsparteien Vorschläge darüber unterbreiten, wie die Chlorid-Ionen-Fracht auf der Gesamtstrecke des Rheins stufenweise weiter beschränkt werden kann.

Artikel 7

(1) Die sich aus dem in Artikel 2 Absatz 2 vorgesehenen Einbringen einschließlich der Vorarbeiten ergebenden Kosten werden von der französischen Seite übernommen.

(2) Die nachstehenden Vertragsparteien leisten einen pauschalen Beitrag zu den Gesamtkosten in Höhe von einhundertzweiunddreißig Millionen Französischen Franken, die wie folgt aufgeteilt werden:

Bundesrepublik Deutschland	dreißig Prozent,
Königreich der Niederlande	vierunddreißig Prozent,
Schweizerische Eidgenossenschaft	sechs Prozent.

Die Beiträge werden spätestens drei Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens geleistet.

(3) Die Vertragsparteien beraten nach Vorlage eines Gesamtkonzepts gemäß Artikel 2 Absatz 4 auf Antrag der französischen Regierung über die Finanzierung der im Hinblick auf die Anwendung des Artikels 2 Absatz 3 vorzunehmenden Maßnahmen auf der Grundlage des Schlüssels nach Absatz 2 dieses Artikels. In den Finanzierungsplan gehören auch Kosten für die vorbereitenden Untersuchungen, insbesondere diejenigen für Studien und Explorationen, und außerdem die unvorhersehbaren Kosten, soweit diese nicht durch die Finanzierung der ersten Phase abgedeckt werden konnten.

Artikel 8

Die Zahlungen nach Artikel 7 Absatz 2 werden in Französischen Franken auf das Konto Nr. 440-09/ligne 1 bei der Agence Comptable Centrale du Trésor français geleistet.

Artikel 9

Stellt die Internationale Kommission nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens fest, daß an einer der Meßstellen Chlorid-Ionen-Fracht und Chlorid-Ionen-Konzentration anhaltend steigende Tendenz aufweisen, so ersucht sie die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Ursache dieser Entwicklung liegt, die erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Beendigung zu treffen.

Artikel 10

(1) Bereitet die Durchführung des Artikels 9 Schwierigkeiten und sind sechs Monate seit deren Feststellung durch die Internationale Kommission verstrichen, so kann sie, um den Regierungen Bericht zu erstatten, auf Antrag einer Vertragspartei einen unabhängigen Sachverständigen beiziehen.

Internationale en vue de prendre le cas échéant des mesures complémentaires.

Article 5

Si l'opération d'injection ou de résorption d'ions-chlore donne lieu à des dommages dont l'indemnisation ne peut être assurée en tout ou en partie par les constructeurs de l'ouvrage ou des tiers, les Parties contractantes se consultent à la demande de l'une d'entre elles sur une contribution éventuelle qu'il pourrait y avoir lieu de verser au Gouvernement français.

Article 6

La Commission Internationale présentera aux Parties contractantes dans un délai de quatre ans après l'entrée en vigueur de la Convention des propositions concernant les moyens de réaliser progressivement une nouvelle limitation de la charge en ions-chlore sur l'ensemble du cours du Rhin.

Article 7

1. Les dépenses résultant de l'injection prévue au paragraphe 2 de l'article 2 et des travaux préparatoires sont prises en charge par la partie française.

2. Les Parties contractantes ci-dessous mentionnées contribuent, par le versement d'une somme forfaitaire, aux coûts totaux d'un montant de cent trente-deux millions de francs français selon la répartition suivante:

République fédérale d'Allemagne	trente pour cent,
Royaume des Pays-Bas	trente-quatre pour cent,
Confédération Suisse	six pour cent.

Les contributions sont versées au plus tard trois mois après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

3. Les Parties contractantes délibèrent, après présentation du plan global prévu au paragraphe 4 de l'article 2 et à la demande du Gouvernement français, du financement des mesures à réaliser en vue de l'application du paragraphe 3 de l'article 2, sur la base de la clé utilisée au paragraphe 2 ci-dessus. Sont également compris dans le plan de financement les coûts des recherches préparatoires notamment ceux qui sont relatifs aux études et aux explorations, et d'autre part les dépenses imprévisibles pour autant qu'elles n'ont pas pu être couvertes par le financement de la première phase.

Article 8

Les versements prévus à l'article 7, paragraphe 2 sont effectués, en francs français, au compte no 440-09/ligne 1 auprès de l'Agence Comptable Centrale du Trésor français.

Article 9

Lorsque, après l'entrée en vigueur de la présente Convention, la Commission Internationale constate qu'à l'un des points de mesure, la charge et la concentration en ions-chlore présentent une tendance continue à s'accroître, elle demande à chaque Partie contractante sur le territoire de laquelle se situe la cause de cet accroissement de prendre les dispositions nécessaires pour y mettre fin.

Article 10

1. Si des difficultés résultent de l'application de l'article 9, et qu'un délai de six mois s'est écoulé depuis leur constatation par la Commission Internationale, celle-ci, aux fins de présenter un rapport aux Gouvernements, peut recourir, sur la demande d'une Partie contractante, aux services d'un expert indépendant.

(2) Die Kosten der Untersuchung einschließlich des Sachverständigenhonorars werden zwischen den nachstehenden Vertragsparteien in folgendem Verhältnis aufgeteilt:

Bundesrepublik Deutschland	zwei Siebtel (2/7),
Französische Republik	zwei Siebtel (2/7),
Königreich der Niederlande	zwei Siebtel (2/7),
Schweizerische Eidgenossenschaft	ein Siebtel (1/7).

Die Internationale Kommission kann in bestimmten Fällen eine andere Verteilung beschließen.

Artikel 11

Stellt eine Vertragspartei im Rheinwasser ein plötzliches erhebliches Ansteigen von Chlorid-Ionen fest oder erhält sie von einem Unfall Kenntnis, dessen Auswirkungen geeignet sind, die Güte dieses Wassers ernstlich zu bedrohen, so unterrichtet sie nach einem von der Internationalen Kommission auszuarbeitenden Verfahren unverzüglich die Internationale Kommission und die Vertragsparteien, die hiervon betroffen sein können.

Artikel 12

(1) Jede betroffene Vertragspartei übernimmt an den vereinbarten Meßstationen die Aufstellung und den Betrieb der Meßsysteme und -geräte zur Kontrolle der Chlorid-Ionen-Konzentration im Rheinwasser.

(2) Die Chlorid-Ionen-Frachten werden auf der Grundlage der Messungen ermittelt, die nach den Empfehlungen der Internationalen Kommission vorgenommen werden.

(3) Die Vertragsparteien unterrichten die Internationale Kommission regelmäßig, und zwar mindestens halbjährlich, über die Ergebnisse der nach Absatz 1 durchgeführten Kontrollen.

Artikel 13

Jede Streitigkeit zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder die Durchführung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird, sofern die Streitparteien nichts anderes beschließen, auf Antrag einer Streitpartei dem Schiedsverfahren nach Maßgabe des Anhangs B unterworfen. Dieser Anhang sowie die Anhänge A, I und II sind Bestandteil dieses Übereinkommens.

Artikel 14

Jede Unterzeichnerpartei notifiziert der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, daß ihre Verfahren zum Inkrafttreten dieses Übereinkommens durchgeführt sind. Das Übereinkommen tritt am ersten Tag des übernächsten Monats nach Eingang der letzten Notifikation in Kraft.

Artikel 15

Dieses Übereinkommen kann nach Ablauf von drei Jahren nach seinem Inkrafttreten jederzeit von jeder Vertragspartei durch eine Erklärung an die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gekündigt werden. Die Kündigung wird für die kündigende Vertragspartei sechs Monate nach Eingang der Erklärung bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft wirksam. Die Fortführung der Aufgaben, für die eine internationale Finanzierung erfolgt ist, wird durch eine solche Kündigung nicht berührt.

Artikel 16

Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft unterrichtet die Vertragsparteien vom Zeitpunkt des Eingangs jeder Notifikation oder Erklärung nach den Artikeln 14 und 15.

2. Les frais afférents à l'enquête, y inclus les honoraires de l'expert, sont répartis entre les Parties contractantes ci-dessous mentionnées de la manière suivante:

République fédérale d'Allemagne	deux septièmes (2/7),
République Française	deux septièmes (2/7),
Royaume des Pays-Bas	deux septièmes (2/7),
Confédération Suisse	un septième (1/7).

La Commission Internationale peut, dans certains cas, déterminer une autre répartition.

Article 11

Lorsqu'une Partie contractante constate dans les eaux du Rhin un accroissement soudain et notable en ions-chlore ou a connaissance d'un accident dont les conséquences sont susceptibles de menacer gravement la qualité de ces eaux, il en informe sans retard la Commission Internationale et les Parties contractantes susceptibles d'en être affectées selon une procédure à élaborer par la Commission Internationale.

Article 12

1. Chaque Partie contractante concernée prend à sa charge aux stations de mesure convenues l'installation et le fonctionnement des appareils et des systèmes de mesure servant à contrôler la concentration en ions-chlore dans les eaux du Rhin.

2. Les charges en ion-chlore seront déterminées sur la base des mesures effectuées conformément aux recommandations de la Commission Internationale.

3. Les Parties contractantes informent régulièrement et au moins tous les six mois la Commission Internationale des résultats des contrôles effectués en application du paragraphe 1 ci-dessus.

Article 13

Tout différend entre des Parties contractantes relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention et qui n'aura pu être réglé par voie de négociation est, sauf si les Parties au différend en disposent autrement, soumis, à la requête de l'une d'entre elles, à l'arbitrage conformément aux dispositions de l'annexe B. Celle-ci, ainsi que les annexes A, I et II, fait partie intégrante de la présente Convention.

Article 14

Chaque Partie signataire notifiera au Gouvernement de la Confédération Suisse l'exécution des procédures requises en ce qui la concerne pour l'entrée en vigueur de la présente Convention. Celle-ci entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la réception de la dernière notification.

Article 15

A l'expiration d'un délai de trois ans après son entrée en vigueur, la présente Convention pourra être dénoncée à tout moment par chacune des Parties contractantes par une déclaration adressée au Gouvernement de la Confédération Suisse. La dénonciation prendra effet, pour la Partie qui dénonce, six mois après réception de la déclaration par le Gouvernement de la Confédération Suisse. Elle n'aura pas pour effet de compromettre la continuité de l'exécution des tâches, pour lesqulles un financement international aura été acquis.

Article 16

Le Gouvernement de la Confédération Suisse informera les Parties contractantes de la date de réception de toute notification ou déclaration reçue en application des articles 14 et 15.

Artikel 17

(1) Wird die Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung von einer ihrer Vertragsparteien gekündigt, so nehmen die Vertragsparteien unverzüglich Konsultationen über die erforderlichen Maßnahmen auf, um die Fortführung der Aufgaben zu gewährleisten, die der Internationalen Kommission nach diesem Übereinkommen obliegen.

(2) Wird innerhalb von sechs Monaten nach Aufnahme der Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann jede Vertragspartei dieses Übereinkommen jederzeit nach Artikel 15 kündigen, ohne den Ablauf der Frist von drei Jahren abzuwarten.

Artikel 18

Dieses Übereinkommen, das in einer Urschrift in deutscher, französischer und niederländischer Sprache abgefaßt ist, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Dezember 1976

Article 17

1. Si l'Accord du 29 avril 1963 concernant la Commission Internationale pour la protection du Rhin contre la pollution est dénoncé par l'une des Parties audit Accord, les Parties contractantes procéderont sans délai à des consultations au sujet des dispositions nécessaires en vue d'assurer la continuité de l'exécution des tâches qui, aux termes de la présente Convention, incombent à la Commission Internationale.

2. Si un accord n'est pas intervenu dans les six mois suivant l'ouverture des consultations, chacune des Parties contractantes pourra dénoncer à tout moment la présente Convention conformément à l'article 15, sans attendre l'expiration du délai de trois ans.

Article 18

La présente Convention rédigée en un exemplaire unique, en langues allemande, française et néerlandaise, les trois textes faisant également foi, sera déposée dans les archives du Gouvernement de la Confédération Suisse qui en remettra une copie certifiée conforme à chacune des Parties contractantes.

FAIT à Bonn, le 3 décembre 1976.

Anhang A

Für die Durchführung dieses Übereinkommens beginnt der Rhein am Ausfluß des Untersees und umfaßt die Arme, durch die sein Wasser frei in die Nordsee fließt, bis zur Süßwassergrenze, einschließlich der IJssel bis Kampen.

Süßwassergrenze ist die Stelle im Wasserlauf, an der bei Ebbe und zu einer Zeit schwachen Süßwasserzuflusses auf Grund des Vorhandenseins von Meerwasser eine erhebliche Zunahme des Salzgehalts festzustellen ist. Diese Stelle liegt für die Nieuwe Maas bei Rheinkilometer 1000 unterhalb der Rheinbrücke in Konstanz. Die weiteren Süßwassergrenzpunkte werden von der Internationalen Kommission in entsprechender Weise festgelegt.

Annexe A

Pour l'application de la présente Convention, le Rhin commence à la sortie du Lac inférieur et il inclut les bras, jusqu'à la limite des eaux douces, par lesquels il écoule librement ses eaux dans la mer du Nord, y compris l'IJssel jusqu'à Kampen.

La limite des eaux douces est l'endroit dans le cours d'eau où, à marée basse et en période de faible débit d'eau douce, une augmentation notable de la teneur en chlorures est à constater du fait de la présence de l'eau de mer. Cet endroit se trouve pour le Nieuwe Maas à 1000 kilomètres-Rhin en aval du Pont de Constance sur le Rhin. Les autres points de la limite des eaux douces seront fixés par la Commission Internationale, en tenant compte des modalités de détermination de la limite définie ci-dessus.

Anhang B

Schiedsverfahren

(1) Sofern die Streitparteien nichts anderes beschließen, bestimmt sich das Schiedsverfahren nach diesem Anhang.

(2) Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern; jede Streitpartei bestellt einen Schiedsrichter; die beiden so bestellten Schiedsrichter bestimmen einvernehmlich den dritten Schiedsrichter, der als Obmann des Schiedsgerichts tätig wird.

Ist der Obmann des Schiedsgerichts nicht binnen zwei Monaten nach Ernennung des zweiten Schiedsrichters bestellt worden, so bestellt ihn der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf Antrag der zuerst handelnden Partei binnen weiterer zwei Monate.

(3) Hat eine der Streitparteien nicht binnen zwei Monaten nach Eingang des Antrags nach Artikel 13 des Übereinkommens einen Schiedsrichter bestellt, so kann die andere Partei den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hiermit befassen, der den Obmann des Schiedsgerichts binnen weiterer zwei Monate bestellt. Sobald der Obmann des Schiedsgerichts ernannt ist, fordert er die Partei, die noch keinen Schiedsrichter bestellt hat, auf, dies binnen zwei Monaten zu tun. Nach Ablauf dieser Frist befaßt er den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der diese Ernennung binnen weiterer zwei Monate vornimmt.

(4) Ist der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in den in den vorstehenden Absätzen erwähnten Fällen verhindert oder ist er Staatsangehöriger einer der Streitparteien, so obliegt die Bestellung des Obmanns des Schiedsgerichts oder die Ernennung des Schiedsrichters dem Vizepräsidenten des Gerichtshofs oder dem dienstältesten Mitglied des Gerichtshofs, die nicht verhindert und nicht Staatsangehörige einer Streitpartei sind.

(5) Diese Bestimmungen finden sinngemäß bei der Besetzung frei werdender Stellen Anwendung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet nach den Regeln des Völkerrechts und insbesondere nach den Vorschriften des Übereinkommens.

(7) Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sowohl in Verfahrens- als auch in materiellen Fragen werden mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder getroffen;

Annexe B

Arbitrage

1. A moins que les parties au différend n'en disposent autrement, la procédure d'arbitrage est conduite conformément aux dispositions de la présente annexe.

2. Le tribunal arbitral est composé de trois membres — chacune des parties au différend nomme un arbitre, les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le troisième arbitre qui assume la présidence du tribunal.

Si, au terme d'un délai de deux mois à compter de la désignation du deuxième arbitre, le Président du tribunal n'a pas été désigné, le Président de la Cour Européenne des Droits de l'Homme procède, à la requête de la partie la plus diligente dans un nouveau délai de deux mois, à sa désignation.

3. Si, dans un délai de deux mois après la réception de la requête prévue à l'article 13 de la Convention, l'une des parties au différend n'a pas procédé à la désignation qui lui incombe d'un membre du tribunal, l'autre partie peut saisir le Président de la Cour Européenne des Droits de l'Homme qui désigne le Président du tribunal arbitral dans un nouveau délai de deux mois. Dès sa désignation le Président du tribunal arbitral demande à la partie qui n'a pas nommé d'arbitre de le faire dans un délai de deux mois. Passé ce délai, il saisit le Président de la Cour Européenne des Droits de l'Homme qui procède à cette nomination dans un nouveau délai de deux mois.

4. Si, dans les cas visés aux paragraphes précédents, le Président de la Cour Européenne des Droits de l'Homme se trouve empêché ou s'il est le ressortissant de l'une des parties au différend, la désignation du Président du tribunal arbitral ou la nomination de l'arbitre incombe au viceprésident de la Cour, ou au membre le plus ancien de la Cour qui ne se trouve pas empêché et qui n'est pas le ressortissant de l'une des parties au différend.

5. Les dispositions qui précèdent s'appliquent, selon le cas, pour pourvoir aux sièges devenus vacants.

6. Le tribunal arbitral décide selon les règles du droit international et, en particulier, selon les dispositions de la présente Convention.

7. Les décisions du tribunal arbitral, tant sur la procédure que sur le fond, sont prises à la majorité des voix de ses membres, l'absence ou l'abstention d'un des mem-

die Abwesenheit oder die Stimmenthaltung eines von den Parteien bestellten Mitglieds des Gerichts hindert das Gericht nicht, zu entscheiden. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Obmanns den Ausschlag. Die Entscheidungen des Gerichts sind für die Parteien bindend. Diese tragen die Kosten für den von ihnen bestellten Schiedsrichter und teilen sich zu gleichen Teilen in die anderen Kosten. Für die weiteren Fragen gibt sich das Schiedsgericht eine Verfahrensordnung.

bres du tribunal désignés par les parties n'empêchant pas le tribunal de statuer. En cas de partage égal des voix, la voix du Président est prépondérante. Les décisions du tribunal lient les parties. Celles-ci supportent les frais de l'arbitre qu'elles ont désigné et se partagent à parts égales les autres frais. Sur les autres points le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

Anhang I

Technische Grundlagen für die Anlage zum Einbringen nach Artikel 2 Absatz 2

Das Einbringen der gelösten Rückstandssalze in den Untergrund wird in eine Schicht kalkigen Speichergesteins in einer Tiefe von 1500 bis 2000 m, bezeichnet als „Großer Oolith", im Südwesten von Mülhausen vorgenommen.

Unter Berücksichtigung der bisherigen Studien und Versuche wird das Einbringen mit einer Anlage durchgeführt, die der folgenden Beschreibung entspricht:

1. Eine Anlage für das Herstellen konzentrierter Sole auf dem Gelände der Übertageanlagen der Grube „Amélie"; die Anlage ist in der Lage, eine Solemenge zu liefern, die 20 kg/s Chlorid-Ionen (Jahresdurchschnitt) entspricht;
2. Wasserdichte Speicherbecken für die konzentrierte Sole und das dem Speichergestein entzogene Wasser;
3. Ein Leitungsnetz zur Beförderung der Sole vom Speicherbecken bis zu den Bohrlöchern für das Einbringen über eine Entfernung von etwa 10 km mit der entsprechenden Pumpstation unterhalb des Speicherbeckens der Sole;
4. Zwei neue Bohrlöcher, die ebenso wie das Bohrloch von Schweighausen mit einem Doppelsystem ausgerüstet werden, welches das Einbringen der Sole entweder durch Schwerkraft allein oder mit einer Pumpe ermöglicht;
5. Drei Entnahmebohrlöcher mit Tauchpumpen in großer Tiefe für die Entnahme des Wassers aus dem Speichergestein;
6. Ein etwa 22 km langes Leitungsnetz für Wasser aus dem Speichergestein von den Entnahmebohrlöchern bis zum Speicherbecken für dieses Wasser;
7. Ein Fernbedienungs- und Fernüberwachungsnetz für Leitung und Überwachung des Betriebs.

Der Betrieb der Anlage umfaßt das Einbringen von Chlorid-Ionen gemäß den in dem Übereinkommen vorgesehenen Bedingungen, die Lieferung der Energie, die Wartungsarbeiten und die Überwachung des unterirdischen Speichers.

Annexe I

Elements techniques pour l'installation d'injection prevue au paragraphe 2 de l'article 2

L'injection des saumures résiduaires dans le sous-sol est réalisée dans un horizon de roches-magasin calcaires, dénommé «Grande Oolithe», à une profondeur de 1500 à 2000 m, au sudouest de Mulhouse.

Compte tenu des études et essais déjà effectués, l'injection est réalisée à l'aide d'une installation conforme à la description suivante:

1. un atelier de fabrication de saumure concentrée situé à l'intérieur du périmètre des installations de surface de la Mine «Amélie» et capable de fournir un volume de saumure correspondant à 20 kg/s d'ions-chlore (moyenne annuelle);
2. des bassins de stockage étanches pour la saumure concentrée et les eaux de gisement soutirées;
3. un réseau de conduites pour le transport de saumure depuis le bassin jusqu'aux puits d'injection, sur une distance de 10 km environ, avec la station de pompage correspondante, située en aval du bassin de stockage de saumure;
4. deux nouveaux puits d'injection qui, avec celui de Schweighouse, seront équipés d'un système double permettant l'injection de saumure soit par simple gravité, soit avec l'appoint d'une pompe;
5. trois puits de soutirage équipés de pompes immergées à grande profondeur pour l'extraction des eaux de gisement;
6. un réseau de conduites d'eaux de gisement soutirées, sur une distance de 22 km environ, à partir des puits de soutirage jusqu'au bassin de stockage de ces eaux;
7. un réseau de télécommande et télécontrôle, nécessaire pour la conduite et la surveillance de l'exploitation.

L'exploitation de l'installation comprend la mise en œuvre de l'injection d'ions-chlore dans les conditions prévues par la Convention, la fourniture de l'énergie, l'exécution des travaux d'entretien et la surveillance du réservoir souterrain.

Anhang II

Nationale Frachten aus Chlorid-Ionen-Ableitungen von mehr als 1 kg/s in einzelnen Stromabschnitten

Stromabschnitt	in der Schweiz Mittelwert 1)	in der Schweiz Maximalwert 2)	in Frankreich Mittelwert 1)	in Frankreich Maximalwert 2)	in Deutschland Mittelwert 1)	in Deutschland Maximalwert 2)	in den Niederlanden Mittelwert 1)	in den Niederlanden Maximalwert 2)
Stein am Rhein — Kembs	10							
Kembs — Seltz/Maxau			130 3)		4,2	4,2		
Seltz/Maxau — Mainz					15,8	17,5		
Mainz — Braubach/Koblenz					9,9	10,0		
Braubach/Koblenz — Bimmen/Lobith			38 4)		105	123,6		
Bimmen/Lobith — Mündung								
	10		168 3)		134,9			

1) Mittelwert bedeutet das langjährige Jahresmittel nach Messungen an den Ableitungen.

2) Maximalwert bedeutet die genehmigte maximale Fracht, (die zeitweise z. B. bei einer höheren Wasserführung erreicht wird).

3) Dieser Wert verringert sich entsprechend der Durchführung der Maßnahmen nach Artikel 2.

4) Die Chlorid-Ionen-Ableitungen werden so reguliert, daß die Konzentration, die sich aus den Ableitungen von mehr als 1 kg/s Chlorid-Ionen ergibt, an der Meßstation Hauconcourt an der Mosel 400 mg/l Chlorid-Ionen nicht überschreitet. Die angegebene mittlere Jahresfracht darf nicht überschritten werden.

Annexe II

Charges nationales resultant des rejets en ions-chlore superieurs à 1 kg/s dans differentes sections du fleuve

Sections du fleuve	en Suisse Valeur moyenne 1)	en Suisse Valeur maximale 2)	en France Valeur moyenne 1)	en France Valeur maximale 2)	en Allemagne Valeur moyenne 1)	en Allemagne Valeur maximale 2)	aux Pays-Bas Valeur moyenne 1)	aux Pays-Bas Valeur maximale 2)
Stein am Rhein — Kembs	10							
Kembs — Seltz/Maxau			130 3)		4,2	4,2		
Seltz/Maxau — Mayence					15,8	17,5		
Mayence — Braubach/Coblence					9,9	10,0		
Braubach/Coblence — Bimmen/Lobith			38 4)		105	123,6		
Bimmen/Lobith — embouchure								
	10		168 3)		134,9			

1) La valeur moyenne s'entend de la valeur moyenne annuelle de longue durée après mesures sur les rejets.

2) La valeur maximale s'entend de la charge maximale admise (atteinte de temps à autre, par exemple à l'occasion d'un débit plus élevé).

3) Cette valeur diminue en fonction de la réalisation des mesures prévues à l'article 2.

4) Les rejets en ions-chlore sont modulés de façon telle que la concentration résultant des rejets supérieurs à 1 kg/s d'ions-chlore ne dépasse pas 400 mg/l d'ions-chlore à la station de mesure d'Hauconcourt sur la Moselle. La charge moyenne annuelle indiquée ne doit pas être dépassée.

Denkschrift zu den Übereinkommen

I. Allgemeines

Ziel der nationalen und internationalen Bemühungen zum Schutz des Rheins ist, die Güte des Rheinwassers im Hinblick auf seine vielfältigen Nutzungen zu verbessern. Der Rhein dient einerseits der Trinkwasserversorgung, der Bewässerung und der Brauchwasserversorgung für die Industrie, andererseits der Schiffahrt und als Vorfluter für häusliches und industrielles Abwasser. Die Gewährleistung dieser Gewässernutzungen wird erschwert durch die unterschiedlichen Interessen der Anliegerstaaten als Ober-, Mittel- und Unterlieger am Rhein.

Seit langem bemühen sich die Rheinanliegerstaaten, im Rahmen der Internationalen Rheinschutzkommission im Interesse eines umfassenden Gewässerschutzes internationale Lösungen für die chemische Verunreinigung und die Salzbelastung des Rheins zu erarbeiten.

Der Durchbruch bei diesen langwierigen Verhandlungen wurde seit 1972 durch vier Ministerkonferenzen der Rheinanliegerstaaten und durch Grundsatzbeschlüsse der Europäischen Gemeinschaften zum Gewässerschutz erzielt. Das Chemieübereinkommen und das Chloridübereinkommen wurden am 3. Dezember 1976 in Bonn durch die Umweltminister der Mitgliedstaaten der Internationalen Rheinschutzkommission — Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Schweiz und Bundesrepublik Deutschland — und den Vizepräsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gezeichnet. Durch wesentliche Initiativen, insbesondere zur Harmonisierung des Chemieübereinkommens mit der Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften vom 4. Mai 1976 betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft, hat die Bundesregierung am Abschluß der Übereinkommen maßgeblichen Anteil.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat mit ihrer Beteiligung als Vertragspartei des Chemieübereinkommens Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Gewässerschutzes in Anspruch genommen, wie sie durch die Gewässerschutzrichtlinie vom 4. Mai 1976 vorgezeichnet sind. Durch die ebenfalls am 3. Dezember 1976 geschlossene Zusatzvereinbarung zu der in Bern am 29. April 1963 unterzeichneten Vereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung wird die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dementsprechend Mitglied der Internationalen Rheinschutzkommission. Sie wird sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten insbesondere an der Ausfüllung und Fortschreibung des Chemieübereinkommens beteiligen.

Die Zusatzvereinbarung zum Berner Vertrag bezieht sich nicht auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung und braucht daher nicht durch Vertragsgesetz umgesetzt zu werden. Es ist jedoch vorgesehen, die Vereinbarung im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Mit den sich aus dem Chemieübereinkommen ergebenden Verpflichtungen für die Bundesrepublik Deutschland wird im Hinblick auf die EG-Gewässerschutzrichtlinie vom 4. Mai 1976 sowie sonstige bestehende und noch zu erwartende supranationale und internationale Regelungen kein Sonderrecht für den Rhein geschaffen. Vielmehr werden durch die vorgesehenen Maßnahmen, die im nationalen wasserrechtlichen Vollzug zu verwirklichen sind, sämtliche Verpflichtungen kohärent erfüllt.

II. Besonderes

1. Inhalt des Chemieübereinkommens/Rhein

Das Chemieübereinkommen sieht vor, daß gefährliche Stoffe nur nach vorheriger Genehmigung unter Beachtung von Emissionsnormen als Einleitungsbedingungen abgeleitet werden dürfen. Für die Ableitung einzelner, besonders gefährlicher Stoffe der Familien und Gruppen von Stoffen aus Anhang I (im folgenden als „Stoffe aus Anhang I" bezeichnet) in die Flüsse des Rheineinzugsgebiets werden Emissionsgrenzwerte als Rahmen für die Emissionsnormen für Stoffe aus Anhang I im Abwasser von Industrien und Kommunen unter Berücksichtigung der besten verfügbaren technischen Hilfsmittel festgesetzt. Bezüglich der Ableitung von einzelnen gefährlichen Stoffen der Familien und Gruppen von Stoffen aus Anhang II (im folgenden als „Stoffe aus Anhang II" bezeichnet) stellt jede Regierung innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Chemieübereinkommens Programme zur Reduzierung der Belastung des Rheins auf, wobei vor Festlegung dieser Programme eine internationale Harmonisierung angestrebt wird.

Diese Vorschriften sind den Bestimmungen der EG-Gewässerschutzrichtlinie vom 4. Mai 1976 nachgebildet.

Zu Artikel 1

Artikel 1 legt die allgemeine Verpflichtung der Vertragsparteien fest, durch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Güte des Rheinwassers die Verunreinigung durch die gefährlichen Stoffe aus Anhang I zu beseitigen und die Verunreinigung durch die gefährlichen Stoffe aus Anhang II zu verringern. Hierbei sollen in vernünftigem Maße die aufgeführten Nutzungen des Rheinwassers wie zum Beispiel die Trinkwasser- und Brauchwassergewinnung sowie die landwirtschaftliche Bewässerung berücksichtigt werden.

Zu Artikel 2

Die Vertragsparteien mit Ausnahme der EWG sind verpflichtet, durch ihre zuständigen Behörden eine

nationale Bestandsaufnahme der Ableitungen von Stoffen aus Anhang I für das Rheineinzugsgebiet vornehmen zu lassen. Sie teilen der Internationalen Rheinschutzkommission das Ergebnis dieser Bestandsaufnahme zusammenfassend mit. Erforderlichenfalls kann die Bestandsaufnahme auf verschiedene Stoffe aus Anhang II ausgedehnt werden.

Zu den Artikeln 3 bis 5

Die Artikel 3 bis 5 beinhalten die wesentlichen Regelungen für die Ableitungen von Stoffen aus Anhang I.

Artikel 3 Absatz 1 enthält das Erfordernis, daß jede Ableitung solcher Stoffe in die oberirdischen Gewässer des Rheineinzugsgebiets vorher zu genehmigen ist. In dieser Genehmigung werden nach Artikel 3 Abs. 2 und Artikel 4 Emissionsnormen als Einleitungsbedingungen festgesetzt, welche die in Artikel 5 beschriebenen Emissionsgrenzwerte nicht überschreiten dürfen. Erforderlichenfalls gilt dies auch für Ableitungen in die Kanalisation. Die Emissionsnormen legen höchstzulässige Konzentrationen der betreffenden Stoffe in den Abwässern und höchstzulässige Frachten fest. Kann der Ableiter die vorgeschriebenen Emissionsbedingungen nicht erfüllen, so ist die Ableitung nach Artikel 4 zu verbieten.

Die Genehmigungen sind zu befristen; sie können erneuert werden. Für bestehende Ableitungen sind Übergangsfristen vorgesehen.

Die Emissionsgrenzwerte und die Fristbegrenzungen, welche von den Emissionsnormen bzw. den Übergangsfristen nicht überschritten werden dürfen, werden auf Vorschlag der Internationalen Rheinschutzkommission nach dem Verfahren des Artikel 14 festgelegt und nach ihrer Annahme in Anhang IV aufgenommen. Sie können für einzelne Industriezweige und Produktarten verschieden sein. Die Emissionsgrenzwerte werden unter Berücksichtigung der besten verfügbaren technischen Hilfsmittel festgelegt und richten sich hauptsächlich nach Toxizität, Langlebigkeit, Bioakkumulation der einzelnen Stoffe aus Anhang I.

Nach Artikel 5 Absatz 5 kann die Internationale Rheinschutzkommission andere Maßnahmen zur Verminderung der Verunreinigung des Rheinwassers vorschlagen.

Zu Artikel 6

Artikel 6 beinhaltet die wesentlichen Regelungen für die Ableitungen von Stoffen aus Anhang II.

Nach Absatz 2 stellen die Regierungen nationale Programme zur Verringerung der Verunreinigung des Rheinwassers innerhalb einer Frist von 2 Jahren nach Inkrafttreten des Übereinkommens auf. Der Inhalt dieser Programme ist in den Absätzen 4 bis 7 beschrieben; auch hier ist vorgesehen, daß alle Ableitungen einer vorherigen Genehmigung bedürfen, in der die Emissionsnormen festgesetzt werden. Besondere Bedeutung kommt der Harmonisierung dieser nationalen Programme im Rahmen der Internationalen Rheinschutzkommission zu. Vor Festlegung der Programme beraten die Vertragsparteien mit dem Ziel, diese Programme aufeinander abzustimmen.

Zu Artikel 7

Die Vertragsparteien treffen alle notwendigen Maßnahmen, um auch eine mittelbare Verunreinigung des Rheinwassers durch Lagern und Ablagern von Stoffen aus den Anhängen I und II zu verhüten. Erforderlichenfalls kann die Internationale Rheinschutzkommission vorbeugende Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers und damit des Rheinwassers vorschlagen. Auf deutscher Seite ist dies bereits umfassend durch das Wasserrecht und das Abfallbeseitigungsrecht geregelt.

Zu den Artikeln 8 bis 13

Die Artikel 8 bis 13 enthalten zusätzliche Vorschriften insbesondere über die Kontrolle und Messung des Gehalts an Schadstoffen sowie über regelmäßige Berichte der Regierungen an die Internationale Rheinschutzkommission über die Ergebnisse dieser Kontrollen. Der Internationale Rheinschutzkommission kommt die Aufgabe zu, Empfehlungen zur Vereinheitlichung der Meß- und Analysenmethoden auszuarbeiten.

Zu Artikel 14

Artikel 14 regelt das Verfahren, nach dem die technischen Anhänge I bis IV geändert oder ergänzt werden können. Entsprechende Empfehlungen der Internationalen Rheinschutzkommission treten nach einstimmiger Annahme durch die Vertragsparteien in Kraft.

Zu Artikel 15

Nach Artikel 15 ist jede Streitigkeit zwischen Vertragsparteien über Auslegung oder Durchführung des Übereinkommens einem Schiedsverfahren unterworfen.

Zu Artikel 16

Im Hinblick auf die Teilnahme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am Übereinkommen ist die Abgrenzung der Zuständigkeiten der EWG und ihrer Mitgliedstaaten erforderlich.

Bei der Durchführung des Übereinkommens handelt jeder im Bereich seiner jeweiligen Zuständigkeit. Hieraus folgt, daß in der Internationalen Rheinschutzkommission entweder nur die EWG oder die Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, wobei der EWG entsprechend Artikel 2 Buchst. c) der Zusatzvereinbarung vom 3. Dezember 1976 zu der in Bern am 29. April 1963 unterzeichneten Vereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung so viele Stimmen zustehen, wie Mitgliedstaaten Vertragsparteien des Übereinkommens sind.

Zu den Artikeln 17 bis 21

Die Artikel 17 bis 21 enthalten die üblichen Bestimmungen über Ratifizierung, Inkrafttreten, Kündigung und Hinterlegung. Das Übereinkommen tritt am

ersten Tag des übernächsten Monats nach Eingang der letzten Ratifikationsurkunde bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Kraft. Hierbei ist sichergestellt, daß das Chemieübereinkommen gleichzeitig mit der Zusatzvereinbarung zum Berner Vertrag in Kraft tritt und somit die Teilnahme der EWG am Chemieübereinkommen und an der Internationalen Rheinschutzkommission gleichzeitig wirksam wird.

Zu Anhang A

Anhang A, auf den in Artikel 1 Absatz 4 verwiesen wird, umschreibt, was für die Durchführung des Chemieübereinkommens unter „Rhein" zu verstehen ist. Danach beginnt der Rhein am Ausfluß des Bodensees und umfaßt die Mündungsarme, durch die sein Wasser frei in die Nordsee fließt bis zur Küstenlinie, einschließlich der IJssel bis Kampen.

Weiterhin ist vorgesehen, daß bei der Aufstellung und Koordinierung der nationalen Programme für Stoffe aus Anhang II, soweit es um Qualitätsziele geht, je nach Fall eine Unterscheidung zwischen Süßwasser- und Brackwasserbereich berücksichtigt wird.

Zu Anhang B

Anhang B enthält die nähere Regelung des in Artikel 15 vorgesehenen Schiedsverfahrens.

Zu Anhang I und II

Die Anhänge I und II umfassen verschiedene Stofffamilien und Stoffgruppen, aus denen in den künftigen Arbeiten der Internationalen Rheinschutzkommission nach Maßgabe der in den Anhängen genannten Kriterien bestimmte einzelne Stoffe auszuwählen sind.

Zu Anhang III

Anhang III legt das Verfahren für die Aufstellung der in Artikel 2 vorgesehenen Bestandsaufnahme und für die Mitteilung an die Internationale Rheinschutzkommission fest.

Zu Anhang IV

In den Anhang IV werden die in Artikel 5 vorgesehenen Emissionsgrenzwerte und Fristbegrenzungen für Ableitungen der Stoffe aus Anhang I aufgenommen, sobald sie von der Internationalen Rheinschutzkommission festgelegt worden und in Kraft getreten sind.

2. Inhalt des Chloridübereinkommens/Rhein

Gegenstand des Chloridübereinkommens ist die Verpflichtung für Frankreich, die Ableitung von salzhaltigen Abwässern in den Rhein schrittweise um 60 kg/sec Chlorid-Ionen zu verringern. In einem ersten auf 10 Jahre bemessenen Schritt werden 20 kg/sec Chlorid-Ionen bei einem Kostenaufwand von insgesamt 132 Mio FF in tiefe Bodenschichten eingepreßt und damit pro Tag 1 730 Tonnen Chlorid-Ionen vom Rhein ferngehalten. Neben den übrigen Rheinanliegerstaaten beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland in Form eines pauschalen Beitrages zu den Investitionskosten, der sich auf 30 % der vorgenannten Gesamtkosten beläuft.

Zu Artikel 1

Nach Artikel 1 ist das Chloridübereinkommen die erste Stufe einer verstärkten Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Verunreinigung des Rheins durch Chlorid-Ionen. Nach Anhang A beginnt der Rhein am Ausfluß des Bodensee-Untersees und endet an der Süßwassergrenze seiner Mündungsarme, bei der IJssel in Kampen.

Zu Artikel 2

Nach Artikel 2 werden die Ableitungen von Chlorid-Ionen in den Rhein auf französischem Hoheitsgebiet schrittweise zumindest um 60 kg/sec Chlorid-Ionen verringert.

Zu diesem Zweck wird die französische Regierung so bald wie möglich, spätestens jedoch achtzehn Monate nach Inkrafttreten des Übereinkommens eine Anlage zum Einbringen einer ersten Menge von 20 kg/sec Chlorid-Ionen aus den Elsässischen Kaligruben in den Untergrund errichten lassen und für zehn Jahre betreiben. Weiterhin wird die französische Regierung unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus der ersten Phase alle Maßnahmen treffen, damit das Ziel einer Verringerung der Ableitungen in den Rhein um 60 kg/sec Chlorid-Ionen bis zum 1. Januar 1980 durch Einbringen in den elsässischen Untergrund oder durch andere Mittel — vorbehaltlich einer Einigung über die technischen Modalitäten und die Finanzierung — erreicht wird. Hierzu legt die französische Regierung ein Gesamtkonzept vor.

Zu Artikel 3

Die Vertragsparteien verhindern eine Steigerung der im Rheineinzugsgebiet abgeleiteten Chlorid-Ionen-Mengen („Standstill-Regelung"); die entsprechenden Werte der nationalen Frachten aus Chlorid-Ionen-Ableitungen von mehr als 1 kg/sec sind getrennt nach einzelnen Stromabschnitten in einem Anhang II aufgeführt.

Erhöhungen bestehender oder Zulassungen neuer Einzelableitungen sind nur aus zwingenden Gründen nach Einholung einer Stellungnahme der Internationalen Rheinschutzkommission oder dann zulässig, wenn an anderer Stelle ein Frachtausgleich herbeigeführt wird.

Die Vertragsparteien überwachen jeweils auf ihrem Hoheitsgebiet die Ableitungen von mehr als 1 kg/sec Chlorid-Ionen im Rheineinzugsgebiet und berichten jährlich der Internationalen Rheinschutzkommission über die Entwicklung der Chlorid-Ionen-Fracht des Rheinwassers.

Zu Artikel 4

Artikel 4 regelt das Verfahren, nach dem die französische Regierung das Einbringen der Chlorid-Ionen in den Untergrund unterbrechen kann, wenn erhebliche Gefahren für die Umwelt und insbesondere für das Grundwasser auftreten.

Zu Artikel 5

Nach Artikel 5 beraten die Vertragsparteien über einen etwaigen Beitrag an die französische Regierung, falls das Einbringen oder die Rückhaltung der Chlorid-Ionen Schäden verursacht, für die nicht die Erbauer des Werkes oder Dritte ganz oder teilweise in Anspruch genommen werden können.

Zu Artikel 6

Artikel 6 verpflichtet die Internationale Rheinschutzkommission, innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten des Übereinkommens den Vertragsparteien Vorschläge zu unterbreiten, wie die Chlorid-Ionen-Fracht des Rheins stufenweise weiter beschränkt werden kann.

Zu den Artikeln 7 und 8

Artikel 7 regelt die Finanzierung der ersten Phase des Einbringens und beinhaltet Grundsätze und Voraussetzungen für die Finanzierung der beiden weiteren vorgesehenen Phasen.

Die Gesamtkosten der ersten Phase in Höhe von 132 Mio FF werden grundsätzlich von der französischen Seite übernommen.

Die Bundesrepublik Deutschland leistet einen pauschalen Beitrag zu den Investitionskosten mit 30 % von 132 Mio FF, die Niederlande beteiligen sich mit 34 %, die Schweiz mit 6 %. Unter Berücksichtigung dieser Beiträge verbleibt für Frankreich ein Kostenanteil von 30 %.

Ein am 3. Dezember 1976 ausgetauschter Briefwechsel zum Übereinkommen hat zum Ziel, daß die Vorarbeiten für die Verpressungsmaßnahmen im Elsaß nicht erst nach Inkrafttreten des Übereinkommens, sondern bereits nach dessen Unterzeichnung im Dezember 1976 beginnen und zu diesem Zeitpunkt — soweit möglich — auch die Beitragsleistungen erfolgen konnten.

Für die weiteren Phasen zur Einbringung oder Rückhaltung von insgesamt 40 kg/sec Chlorid-Ionen ist zunächst die Vorlage eines Gesamtkonzeptes über die technischen Modalitäten und die Finanzierung der damit verbundenen Kosten durch die Französische Regierung vorgesehen. Auf der Grundlage dieses Gesamtkonzeptes und des Finanzierungsschlüssels für die erste Phase beraten dann die Vertragsparteien über die Finanzierung der weiteren Maßnahmen.

Zu den Artikeln 9 bis 11

Die Artikel 9 bis 11 regeln das Verfahren für den Fall, daß eine anhaltend steigende Tendenz der Chlorid-Ionen-Frachten beobachtet wird oder daß ein Unfall mit einer ernstlichen Bedrohung der Güte des Rheinwassers sich ereignet.

Zu Artikel 12

Zur Kontrolle der Chlorid-Ionen-Konzentration im Rheinwasser übernimmt jede Vertragspartei auf ihrem Hoheitsgebiet an den international vereinbarten Meßstationen am Rhein die Aufstellung und den Betrieb der Meßsysteme und -geräte. Über die Ergebnisse dieser Kontrollen wird die Internationale Rheinschutzkommission regelmäßig unterrichtet.

Zu Artikel 13

Nach Artikel 13 ist jede Streitigkeit zwischen Vertragsparteien über Auslegung oder Durchführung des Übereinkommens einem Schiedsverfahren unterworfen.

Zu den Artikeln 14 bis 18

Die Artikel 14 bis 18 enthalten die üblichen Bestimmungen über Ratifizierung, Inkrafttreten, Kündigung und Hinterlegung.

Zu Anhang A

Anhang A, auf den in Artikel 1 Absatz 2 verwiesen wird, umschreibt, was für die Durchführung des Chloridübereinkommens unter „Rhein" zu verstehen ist. Die Definition entspricht grundsätzlich der im Chemieübereinkommen, allerdings mit der Abweichung, daß an die Stelle der „Küstenlinie" als Begrenzung die „Süßwassergrenze" tritt.

Zu Anhang B

Anhang B enthält die nähere Regelung des in Artikel 13 vorgesehenen Schiedsverfahrens.

Zu Anhang I

Anhang I beinhaltet technische Einzelheiten für die Errichtung der Anlage zum Einbringen einer ersten Menge von 20 kg/sec Chlorid-Ionen aus den Elsässischen Kaligruben in den Untergrund südwestlich von Mülhausen.

Zu Anhang II

Zur Ergänzung der Standstill-Regelung nach Artikel 3 Abs. 1 sind in Anhang II die Werte der nationalen Frachten aus Chlorid-Ionen-Ableitungen von mehr als 1 kg/sec getrennt nach einzelnen Stromabschnitten aufgeführt.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Nach Auffassung des Bundesrates ist eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes für den Gesetzentwurf nur zum Teil gegeben, weil das Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung sowie das Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride Gegenstände regeln, für die die Länder teilweise ausschließlich zuständig sind. Im Hinblick auf das Lindauer Abkommen, in dem sich die Bundesregierung und die Landesregierungen über die Beteiligung der Länder beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge des Bundes geeinigt haben, und mit Rücksicht darauf, daß sämtliche Länder ihr Einverständnis mit den Übereinkommen bereits erklärt haben, erhebt der Bundesrat jedoch insoweit keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf.